

DKP-Informationen

Nr. 8/2018 – 14. Dezember 2018

5. Tagung des Parteivorstands der DKP 8./9. Dezember 2018, Essen

**Referate
Beschlüsse**

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -

Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

8./9. Dezember 2018, Essen

Inhalt

1. Tagesordnung
2. Referate

- Referat „Kommunalpolitik der DKP als zentrales Kampffeld des antimonopolistischen Kampfes“

Referent: Männe Größ, Mitglied des Sekretariates des DKP-Parteivorstandes

- Einführung zur Diskussion um die Rechtsentwicklung

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

- Einführung zur Diskussion „zur Weiterentwicklung der Grundkurse an der KLS“

Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP

3. Beschlüsse
4. Abgelehnte Beschlüsse
5. Weitere Materialien

Tagesordnung

1. Beschlusskontrolle
2. Referat „Kommunalpolitik der DKP als zentrales Kampffeld des antimonopolistischen Kampfes“
Referent: Männe Größ
3. Referat und Diskussion zur Rechtsentwicklung
Referent: Patrik Köbele
4. Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“
5. EU-Wahlkampf
6. KLS/Grundlagenschule
7. Brandenburg (Hierzu erfolgt eine gesonderte Information an PV-Mitglieder und Bezirksvorsitzende)
8. Weitere Beschlussfassung
9. Schlusswort

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

8./9. Dezember 2018, Essen

- es gilt das gesprochene Wort.

Kommunalpolitik der DKP als zentrales Kampffeld des antimonopolistischen Kampfes

Männer Grüß, Mitglied des Sekretariates des DKP-Parteivorstandes

Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Thema heute ist eigentlich die Kommunalpolitik. Bevor ich aber mit dem eigentlichen Referat beginne, fände ich es angesichts der aktuellen Lage, aber auch angesichts des anstehenden EU-Wahlkampfes, wozu auch ja an diesem Wochenende ein Wahlauftritt zur Beschlussfassung vorliegt, falsch, wenn ich vorab nicht drei Worte zu den Protesten der Gelbwesten in Frankreich sagen würde – die drei Worte (und ein Satzzeichen) lauten: Ich bin solidarisch (Punkt).

Ich bin solidarisch, weil diese Proteste sich gegen eine Regierung eines willigen Vollstreckers einer neuen Monopoloftensive wenden. Ich lehne es ab, eine Diskussion darüber zu führen, welche möglichen Gefahren von den Gelbwesten für die Demokratie ausgehen – egal mit welchen Vorwürfen sie geführt wird. Denn im Fadenkreuz stehen die Gelbwesten nicht, weil sie eine Gefahr für die Demokratie darstellen, sondern weil sie eine Gefahr für die Superreichen in Frankreich und der EU – ergo auch die deutsche Monopolbourgeoisie – darstellen. Damit ist Ihr Kampf dem Wesen nach ein zutiefst demokratischer.

Das ist das Entscheidende bei der Einordnung dieser Bewegung in die aktuellen Kräfteverhältnisse im Klassenkampf und das spiegeln nebenbei auch die wesentlichen Forderungen der Gelbwesten wider - nebenbei auch kommunalpolitische -, die ich unterstütze. Anstatt mich hier an den Vorwürfen von der FAZ bis zum Linken-Vorsitzenden Riexinger abzarbeiten, möchte ich ein Lenin-Zitat strapazieren, das meines Erachtens für uns Kommunistinnen und Kommunisten in dieser Frage Richtschnur sein sollte.

Lenin schrieb 1916: „Wer eine ‘reine’ soziale Revolution erwartet, der wird sie niemals erleben. Der ist nur in Worten ein Revolutionär, der versteht nicht die wirkliche Revolution. (...)“

Die sozialistische Revolution in Europa kann nichts anderes sein als ein Ausbruch des Massenkampfes aller und jeglicher Unterdrückten und Unzufriedenen. Teile des Kleinbürgertums und der rückständigen Arbeiter werden unweigerlich an ihr teilnehmen – ohne eine solche Teilnahme ist ein Massenkampf nicht möglich, ist überhaupt keine Revolution möglich –, und ebenso unweigerlich werden sie in die Bewegung ihre Vorurteile, ihre reaktionären Phantastereien, ihre Fehler und Schwächen hineinbringen. Objektiv aber werden sie das Kapital angreifen, und die klassenbewusste Avantgarde der Revolution, das fortgeschrittene Proletariat, das diese objektive Wahrheit des mannigfaltigen, vielstimmigen, buntscheckigen und äußerlich zersplitterten Massenkampfes zum Ausdruck bringt, wird es verstehen, ihn zu vereinheitlichen und zu lenken, die Macht zu erobern, die Banken in Besitz zu nehmen, die allen (wenn auch aus verschiedenen Gründen!) so verhassten Trusts zu expropriieren und andere diktatorische Maßnahmen durchzuführen, die in ihrer Gesamtheit den Sturz der Bourgeoisie und den Sieg des Sozialismus ergeben, einen Sieg, der sich durchaus nicht mit einem Schlag aller kleinbürgerlichen Schlacken ‘entledigen’ wird.“

Ich würde es begrüßen, wenn aus dem „Ich bin solidarisch (Punkt)“ noch ein „wir sind solidarisch (Ausrufezeichen)“ werden würde als Auftakt zum EU-Wahlkampf der DKP. Und ich möchte den Vorschlag unterbreiten, am Luxemburg-Liebkecht-Wochenende als DKP-Block geschlossen mit gelben Westen aufzutreten – mit Hammer und Sichel aufgedruckt, versteht sich.

Liebe Genossinnen und Genossen,

nun aber zum eigentlichen Thema meines Referats – der Kommunalpolitik. Es ist nun schon einige Jahre her, dass der Parteivorstand sich

in einem Schwerpunktreferat mit dem Thema Kommunalpolitik auseinandergesetzt hat. Diese Lücke steht in einem erstaunlichen Gegensatz zu folgenden Einschätzungen:

1. Die Situation in den Städten und Gemeinden hat maßgeblichen Einfluss auf die Lebenssituation der Arbeiterklasse. Diese Lebensbedingungen haben sich in den letzten Jahren rasant verschlechtert. Ich möchte an dieser Stelle nur exemplarisch auf die steigenden Mieten hinweisen, die im Bundesdurchschnitt seit 2010 um 25 Prozent gestiegen sind, während die Verbraucherausgaben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 10 Prozent gestiegen sind.

Diese Durchschnittswerte geben einen Vorgeschmack darauf, mit welchen Mietexplosionen die arbeitende Klasse vor allem in den Metropolen wie Berlin, München und Universitätsstädten zu kämpfen hat. Insbesondere ALG-II-Bezieher sind akut bedroht – zum Beispiel in Berlin, wo der Quadratmeterpreis bei Neuvermietungen 2018 bei durchschnittlich ca. 10 Euro nettokalt liegt, während das Jobcenter in Berlin 2018 für einen Singlehaushalt ungefähr 8 € pro Quadratmeter zahlt – bruttokalt, also inklusive Nebenkosten! Berlin ist somit – bis auf wenige Inseln – eine No-Go-Area für ALG-II-Bezieher geworden.

Das ist eine strukturelle, staatlich organisierte Diskriminierung, die in öffentlichen Diskursen über Diskriminierung nicht nur bei der Monopolpresse, sondern auch bei sich fortschrittlich gebenden politischen Kräften nicht existieren – die „Überflüssigen“ eben. Und hinter diesen Zahlen stehen Schicksale von Menschen, die ich bei Mieterversammlungen in Kreuzberg kennengelernt habe: So z.B. alleinstehende Rentnerinnen, deren Wohnungen aus der staatlichen Sozialförderung fielen und die sich dann gezwungen sahen, nach fast 40 Jahren in einer Wohnung an den Stadtrand zu ziehen. Das alles passierte unter Verantwortung eines SPD-Linke-Senats, was nicht nur viel über die Sozialpolitik der beiden Parteien sagt, sondern auch einen Hinweis dafür liefert, warum sich große Teile der Arbeiterklasse von diesen Parteien abwenden.

2. Die zeitliche Lücke, seitdem sich der Parteivorstand nicht mit Kommunalpolitik beschäftigt hat, ist umso erstaunlicher, als dass die Kommune ein Standbein der Partei neben den Betrieben ist, wo ein größerer Anteil der Grundorganisationen aktiv ist – also auch über mehr oder minder entwickelte Kampferfahrungen verfügt; somit der Sache nach auch Bedarf bestehen müsste, sich z.B. bezüglich einer

gemeinsamen politischen Strategie der Partei abzustimmen.

Ich möchte an dieser Stelle nicht die Ergebnisse der Umfrage zur Kommunalpolitik vorwegnehmen, zu denen ich später mehr sagen werde, aber so viel sei gesagt: Schätzungsweise eine von drei Grundorganisationen der Partei ist in diesem Jahr zu kommunalpolitischen Themen aktiv gewesen. Auch ohne entsprechende Erhebungen im Bereich der Betriebspolitik wage ich doch zu spekulieren, dass der Anteil der Grundorganisationen, die im Bereich Betriebspolitik in diesem Jahr aktiv waren, nicht höher liegt. Das spricht nicht gegen mehr Aktivitäten der Partei im Betrieb (ganz im Gegenteil), sondern für mehr Aufmerksamkeit des Parteivorstands für einen Bereich, in dem die Grundorganisationen verhältnismäßig aktiv sind.

Es wäre an dieser Stelle müßig, die Gründe zu erörtern, warum der Bereich Kommunalpolitik in den letzten Jahren ein derart stiefmütterliches Dasein im Parteivorstand gefristet hat. Denn das entscheidende ist, dass der 22. Parteitag – auf Initiative des alten Parteivorstands – in seiner Handlungsorientierung Schlussfolgerungen zur Kommunalpolitik des PVs gezogen hat und die sind eindeutig: „Die Kommunalpolitik ist das zweite Standbein der Arbeiterpolitik der DKP. (...) Der Parteivorstand gründet eine Kommission ‚Kommunalpolitik‘, die auf der Grundlage einer Analyse der Angriffe des Monopolkapitals auf die Kommunen Schwerpunktthemen für die kommunalpolitische Arbeit der DKP entwickelt.“

Ergo: Der Parteitag hat die Lücke erkannt und dem PV den Auftrag erteilt, diese unter Benennung konkreter organisatorischer Maßnahmen und politischer Zielsetzungen zu schließen. Insofern befinden wir uns mit dem Referat genau auf dieser „Roadmap“ der Beschlüsse des 22. Parteitages, wobei Euch dazu des weiteren eine Arbeitsplanung dieses Wochenende zur Abstimmung vorliegt, die einen weiteren kleinen Meilenstein auf dieser Roadmap darstellt.

Aufgrund des relativen Schattendaseins der Kommunalpolitik im Parteivorstand wäre es eine Überfrachtung des Referats, alle Facetten der Kommunalpolitik erschöpfend zu erfassen. Gleichzeitig ist es aber nach einer solchen langen Durststrecke im Parteivorstand auch notwendig, sich über ein paar Grundzüge kommunistischer Kommunalpolitik zu verständigen. In diesem Sinne möchte ich Euch heute folgende Blöcke oder Abschnitte vorstellen:

Block A dient der allgemeinen Charakterisierung der Kommunalpolitik im staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Einordnung der Kampfbedingungen für die Partei.

Block B beschäftigt sich mit den aktuellen Tendenzen in der Kommunalpolitik – seit der Jahrtausendwende – mit einem kleinen Exkurs zu besonderen Situation der Kommunen auf dem Gebiet der DDR.

Block C wendet sich der Kommunalpolitik der Partei auf Grundlage der kommunalpolitischen Umfrage und zieht daraus Schlussfolgerungen in Bezug auf die vorliegende Arbeitsplanung in der Kommunalpolitik.

Das alles ist ein ganz schöner Brocken an Material, den es abzuhandeln gilt in einem Referat. Um es ein wenig verdaulicher zu halten, habe ich das Referat mundgerecht in Thesen verpackt, die hoffentlich nicht nur das Zuhören, sondern auch das Diskutieren um diese Thesen erleichtert.

Block A: Zur allgemeinen Rolle der Kommunalpolitik

Liebe Genossinnen und Genossen,

beginnen möchte ich damit, die Kommune in den politischen Herrschaftsapparat des Monopolkapitalismus einzuordnen. Deswegen lautet meine erste These:

1. Die Kommunen sind als kleinste Einheit der Gebietskörperschaften Teil des monopolkapitalistischen Staatsapparats auf der Ebene der Städte und Gemeinden. Wie andere Körperschaften des Staates (zum Beispiel die Bundesagentur für Arbeit) dienen sie schlussendlich der Durchsetzung politischer und ökonomischer Interessen der Monopolbourgeoisie. Die besondere Rolle der Kommunen resultiert aus dem Widerspruch zwischen der (mitunter rücksichtslosen) Durchsetzung monopolkapitalistischer Interessen einerseits und der notwendigen Absicherung der Hegemonie der Monopolbourgeoisie andererseits durch staatliches Agieren. Dieser Widerspruch drückt sich der Form nach auch in einem Widerspruch zwischen kommunaler Selbstverwaltung einerseits und Durchsetzung zentraler Interessen des Bundes aus.

Um diesen Widerspruch greifbar werden zu lassen, bedarf es eigentlich nur eines Blicks in die aktuelle Berichterstattung über den jüngs-

ten Dieseltreffen der Bundesregierung – dieses Mal mit Vertretern der Kommunen Anfang der Woche. Der Streitpunkt: Während die Bundesregierung in Person des CSU-Verkehrsministers Scheuer die Kommunen dafür kritisiert, dass sie das Regierungsprogramm „Saubere Luft“ nicht hinlänglich umsetzen würden, klagen die Städte und Kommunen, dass die Fördermittel des Bundes ausgeschöpft seien.

Worum dreht es sich im Kern? Ganz einfach: Das Programm „Saubere Luft“ setzt sich zum Ziel, die urbane Verkehrsinfrastruktur zu elektrifizieren und Verkehrssysteme zu digitalisieren. Was im ersten Moment beeindruckend innovativ klingt, mitunter auch sein mag, ist im Kern vor allem ein beeindruckendes Subventionsprogramm für die Autokonzerne. Denn Ziel ist zum Beispiel, dass Busse im ÖPNV durch E-Busse ersetzt werden, die mit ca. 700.000 Euro Stückpreis ungefähr doppelt so teuer sind wie Dieselmotoren. Zwar wird diese Neuanschaffung von E-Bussen durch den Bund mit 122 Mio. Euro unterstützt. Aber das dies nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist, zeigt das Beispiel der Münchener Verkehrsgesellschaft: Eine Kompletttausch der 500 Busse würde die Isar-Metropole geschätzte 350 Millionen Euro kosten – damit wären die Bundesfördermittel dann auch aufgebraucht.

Nun sieht das Programm „Saubere Luft“ keine Zwangsmaßnahmen vor – sprich: Keine Kommune muss sich neue E-Busse anschaffen. Aber das ist auch gar nicht nötig. Durch die Überschreitung der Luftschadstoff-Ausstöße nach EU-Vorgaben drohen dann eben Dieselfahrverbote, die kommunale Vertreter natürlich unter allen Umständen vermeiden wollen, wenn sie auch nach der nächsten Wahl im Bürgermeistersessel Platz nehmen möchten. Profiteure dieses Streits zwischen Bund und Kommunen sind die Autokonzerne: Sie werden für die von Ihnen fabrizierten Abgas-Skandale nicht nur nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern nutzen die Krise, auf dem Rücken breiter Bevölkerungsteile, um ihre Profite zu sichern und die deutsche Verkehrsinfrastruktur in ihrem Interesse umzustrukturieren.

Dem Bürgermeister von Abendsberg, Uwe Brandl, ist durchaus zuzustimmen, wenn er einschätzt: „Die Kommunen haben das Diesel-Dilemma nicht verschuldet, sondern müssen es derzeit ausbaden. Wir werden uns von den Herstellern daher ganz sicher nicht den Schwarzen Peter zuschieben lassen.“ Verwunderlich ist dabei nur, dass Brandl als CSU-Mitglied eben das gleiche Parteibuch in der Tasche, wie der Verkehrsminister im Bund,

den er kritisiert. Das ganze hat mit Sicherheit auch eine demagogische Komponente, die die CSU ja gerne pflegt – aber das ändert nichts an dem Fakt, dass ein bayrischer Bürgermeister sich eben doch gezwungen sieht, Widerspruch zu formulieren, wenn ihm vor Ort nicht die Felle wegschwimmen sollen. Und es geht auch um eine CSU, die sich mehr denn je abmüht, die Hegemonie in der bayrischen Parteienlandschaft wiederzuerlangen.

An diesem aktuellen Beispiel wird der Mechanismus zur Durchsetzung der Monopolinteressen deutlich: Die Aufrechterhaltung und Vertiefung des Ausbeutungssystems durch staatliches Agieren, das zum Ziel hat, die Monopolprofite auf Kosten der Arbeiterklasse und anderer Klassen und Schichten durchzusetzen. Seinen deutlichsten Ausdruck in unseren Tagen findet dieser Mechanismus in der forcierten Aufrüstung der Bundeswehr, die nicht allein im Interesse von Rüstungsprofiteuren erfolgt, sondern einem übergeordneten Interesse der deutschen Monopolbourgeoisie entspringt.

Diese Aufrüstung – die Mobilisierung von Steuergeldern (mit einem Löwenanteil der Lohnabhängigen) für eine Aggression, die sich vor allem gegen Russland richtet – steht dem Investitionsbedarf der Kommunen allein für die Instandsetzung kommunales Eigentums wie Verkehrswege, Schulen oder Wohnungen diametral gegenüber – dazu später mehr.

Diesen Widerspruch zwischen Durchsetzung monopolkapitalistischer Profitinteressen durch den Bund und kommunaler Selbstverwaltung wahrzunehmen und für eine Strategieentwicklung in der Kommunalpolitik nutzbar zu machen, ist eine Pflichtaufgabe für eine antimonopolistische Strategie der Kommunistinnen und Kommunisten. Das hat keineswegs etwas damit zu tun, sich der Illusion hinzugeben, dass dieser Widerspruch sich in konkreten Kämpfen von selbst zugunsten der Kommunen auflösen wird und somit zugunsten der Interessen der Lohnabhängigen. So kann zum Beispiel der Deutsche Städtetag noch so oft einen Wohnbauland- und Erschließungsfonds vom Bund fordern, damit die Kommunen Grundstücke aufkaufen – das hält Kommunen wie meine Stadt Potsdam auch mit Zustimmung der Linken nicht davon ab, das Gegenteil zu tun: also Grundstücke in kommunalem Besitz zu verkaufen an Immobilieninvestoren.

Wir Kommunisten wären mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir diese Widersprüche im monopolkapitalistischen Staat ungenutzt ließen – wir brauchen diese Risse im politischen Herrschaftssystem der Monopolbour-

geoisie zur Entfaltung von antimonopolistischem Widerstand.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Meine zweite These wendet sich nun der Frage zu, was kommunistische Kommunalpolitik im Kern ist. Sie lautet:

2. Kommunistische Kommunalpolitik ist die Interessensvertretung der Arbeiterklasse in allen (ökonomischen, politischen, ideologischen) Angelegenheiten, Bedingungen und Entwicklungen in Gemeinden, Kreisen oder Städten. Dabei haben die Kräfteverhältnisse im Kampf um die kommunale Daseinsvorsorge erhebliche Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse – insbesondere für den ärmsten Teil der Arbeiterklasse. Gleichzeitig richtet sich die Durchsetzung von Monopolinteressen auf kommunaler Ebene gegen alle nichtmonopolistischen Klassen und Schichten. Deswegen ist kommunistische Kommunalpolitik dem Wesen nach antimonopolistische Bündnisarbeit.

Zur Erläuterung dieser These sei zunächst auf die bereits erwähnte Mietsteigerung um 25 Prozent in den letzten acht Jahren hingewiesen. Dass diese Mietsteigerungen möglich sind, hat mitunter einen ganz einfachen Grund: Der Wohnungsbau in öffentlicher Hand wurde in den letzten 30 Jahren nicht nur eingestellt, sondern kommunale Wohnungsbestände wurden zu großen Teilen schlichtweg verschleudert an Immobilienhaie wie zum Beispiel Vonovia oder Deutsche Wohnen – eine Gründung der Deutschen Bank, die nebenbei unter Mieterinnen und Mietern berüchtigt ist. Insgesamt sind von 3,9 Millionen Sozialwohnungen in der BRD Ende der 80er Jahre trotz vergrößerter Bevölkerungszahl durch die Konterrevolution 2015 nur noch 1,4 Millionen Sozialwohnungen vorhanden. Dieses Beispiel soll zeigen: Privatisierung von Wohnraum ist ein Klassenkampf, der auf kommunaler Ebene ausgetragen wird, wenngleich die Ursache der Privatisierung nicht allein auf der kommunalen Ebene zu verorten ist.

Weiter: Dass für die Arbeiterklasse und hier wiederum für die ärmsten Teile der Klasse der Kampf um die kommunale Daseinsvorsorge von besonderer Bedeutung ist, liegt also auf der Hand. So ist es neben der Monopolbourgeoisie auch der nichtmonopolistischen Bourgeoisie oder auch Teilen der Mittelschichten möglich, einerseits höhere Mieten zu zahlen,

weil der Anteil der Miete am Gesamthaus-
haltseinkommen dieser Kreise sehr viel niedri-
ger ausfällt als der Anteil der Miete eines ALG-
II-Beziehers am Gehaltseinkommen (nämlich
fast 50 Prozent); andererseits sind diese ge-
sellschaftlichen Eliten auch in der Lage,
Wohneigentum zu erwerben und sich damit
den Mietsteigerungen ein Stückweit zu entzie-
hen oder sich durch die direkte Abhängigkeit
von den Banken bei Kreditaufnahme zu erset-
zen (und nebenbei die Wohnraumverknapp-
ung auf dem Mietmarkt zu erhöhen). Für die-
se Klassen und Schichten ist die Mietfrage auf
dieser Art lösbar – für die Arbeiterklasse ist sie
hingegen nur wirklich lösbar durch die Enteign-
ung der privaten Immobiliengesellschaften.
Das heißt nicht, dass ich Anhänger des Berli-
ner Volksbegehrens zur Enteignung von Deut-
sche Wohnen bin.

Was ich hier kurz am Beispiel Wohnen durch-
gespielt habe, durchzieht natürlich alle mög-
lichen Bereiche der kommunalen Daseinsvor-
sorge: Auf gut ausgestattete staatliche Ganz-
tagsschulen mit AG-Angeboten und Mittagessen
sind natürlich die Kinder der Arbeiterklas-
se mehr angewiesen als der Ärztesohn, der
die private Waldorfschule besucht. Ein gut
ausgebautes und bezahlbares ÖPNV-
Netzwerk ist für Erwerbslose ohne PKW wich-
tiger als für den Millionär, den nur die Frage
plagt, mit welchem Auto aus seinem Fuhrpark
sein Chauffeur denn nun vorfahren soll.

Dass die Durchsetzung von Monopolinter-
essen in der Kommune die Arbeiterklasse härter
trifft als andere Klassen und Schichten, heißt
aber auch: Die Arbeiterklasse ist eben auch
nicht allein davon betroffen – zum Beispiel von
explodierenden Mieten in den Metropolen. Be-
reits Friedrich Engels stellt in seiner Schrift
„Zur Wohnungsfrage“ von 1872 dazu fest: Die
„Wohnungsnot macht nur soviel von sich re-
den, weil sie sich nicht auf die Arbeiterklasse
beschränkt, sondern auch das Kleinbürgertum
betroffen hat.“

Diese polemische Feststellung zeugt von einer
Kenntnis in die Klassenverhältnisse der Städte,
die sehr viel weiterreichender ist, als die Er-
kenntnis, dass neben der Arbeiterklasse auch
das Kleinbürgertum von der Wohnungsnot
betroffen ist. Mit dem Hinweis von Engels,
dass die Wohnungsnot „soviel von sich reden“
macht, weist er gleichzeitig darauf hin, dass
das Kleinbürgertum, die Intelligenz u. a. eben
in der Lage sind aufgrund ihrer Bildung aber
auch aufgrund ihres sozio-kulturell anerzoge-
nen Habitus, sich in stadtpolitischen Klassen-
kämpfen Gehör zu verschaffen.

Das korrespondiert – mit wenigen Ausnahmen
– mit meinen kommunalpolitischen Erfahrun-
gen sowohl im Kampf für die Rekommunalisie-
rung der Berliner Wasserbetriebe als auch in
Mietenbündnissen. Solche Bündnisse und
Bürgerinitiativen werden häufig von Kräften
dominiert, die dem Kleinbürgertum oder der
Intelligenz entstammen oder zugehörig sind -
ich ja auch. Das ist ihnen auch keineswegs
vorzuwerfen und ist auch kein Kuckucksei für
die Arbeiterklasse in kommunalpolitischen
Kämpfen. Sich dessen bewusst zu sein heißt
eben nur, sich als Kommunist dieser Bündnis-
konstellation im antimonopolistischen Kampf
auf kommunaler Ebene bewusst zu sein – und
nicht aus dem Blick zu verlieren, dass Teile
des Kleinbürgertums ggf. auch schwankende
Kräfte im antimonopolistischen Kampf sein
können. Im schlechtesten Fall können sie zum
Resonanzboden imperialistischer Ideologie
werden – zum Beispiel durch das Verkünden
neoliberal inspirierter Wohnungskäufe als poli-
tische Lösung, um einer Mietsteigerung zu
entgehen — das ganze dann schön verpackt
in Krediten des Mietensyndikats, damit es
auch subversiv rüberkommt.

Die Frage, zu welcher Seite der Barrikade die
antimonopolistischen Bündnispartner tendie-
ren, ist dabei nicht ausgemacht – sie hängt
davon ab, welche Stärke die Arbeiterklasse in
diesen Bündnissen erlangt und ausstrahlt.
Schon allein aus diesem Grund ist das Eingrei-
fen der Arbeiterklasse in kommunalpolitische
Klassenkämpfe von zentraler Bedeutung – wo
sie es nicht tut, überlässt sie die nichtmonop-
olistischen Schichten und Klassen den Sirenen-
sängen der Monopolbourgeoisie. Kommunis-
tinnen und Kommunisten sind diesbezüglich
gut beraten, ihre revolutionäre Haltung nicht
durch das Beschwören einer abstrakten reinen
„Arbeitersache“ unter Beweis zu stellen, die
vielleicht in ihrer metaphysischen kleinen Welt
existiert, sondern indem sie die Arbeiterklasse
dazu befähigen, die Monopolbourgeoisie von
allen Kräften zu isolieren, die eine potenzielle
Machtbasis für sie bilden können. Fürwahr
keine einfache Aufgabe — aber das habe ich
auch nicht behauptet.

Die Rolle des antimonopolistischen Bündnis-
ses hat zudem noch einen weiteren Aspekt:
Zwischen den Beschäftigten in Betrieben der
kommunalen Daseinsfürsorge sowie Verwal-
tung und den Interessen der Werktätigen und
antimonopolistischen Schichten und Klassen
besteht eine grundsätzliche Interessenidentität
auf kommunaler Ebene. Desto besser die Per-
sonalsituation in Kitas, Krankenhäusern,
Schwimmbädern, Sporthallen, Bürgerhäusern

und Bürgerämtern ist, desto mehr profitiert auch die Bevölkerung vor Ort davon.

Doch diese grundsätzliche Interessenidentität weist in konkreten Kämpfen auch gegenteilige Tendenzen auf. Beispielgebend hierfür sind Tarifikämpfe des Pflege- und Krankenhauspersonals oder auch von Erzieherinnen und Erziehern. Die prinzipielle Unterstützung durch Patienten, deren Angehörige oder Eltern kann – aufgrund ihrer individuellen Betroffenheit – umschlagen in Gleichgültigkeit oder Gegnerschaft gegenüber den Anliegen der Beschäftigten in Betrieben der kommunalen Daseinsvorsorge - obwohl das Anliegen der Streikenden Beschäftigten auch in ihrem Interesse ist. Diese Frage ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil dieser Umstand von den Geschäftsführungen der Betriebe (in privater Rechtsform) oft ausgenutzt und von der Bewusstseinsindustrie in Tarifikämpfen bedient wird.

Hier dient die Notwendigkeit, ein antimonopolistisches Bündnis zu schmieden – und sei es auch nur auf Zeit – dazu, die unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen zu verteidigen bzw. durchzusetzen. Welche Bedeutung diese Bündnisse für die Durchsetzung bei Tarifikämpfen haben, zeigt sich zum Beispiel in der Initiative von ver.di im Gesundheitsbereich, vor Ort Pflegebündnisse zu etablieren.

Block B: Zu aktuellen Tendenzen im Klassenkampf auf kommunaler Ebene

Meine erste These lautet hier:

1. In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die finanzielle Situation der Kommunen massiv verschlechtert. Diese finanzielle Notsituation hat zu einer massiven Einschränkung sozialer Rechte für die Werktätigen und der demokratischen Selbstverwaltung geführt. Sie ist das Ergebnis einer gezielten staatsmonopolistischen Umverteilung zugunsten der Monopolbourgeoisie.

Mit dieser These widerspreche ich im ersten Teil zunächst mal dem allgemeinen Tenor der aktuellen Berichterstattung. So meldete der Tagesspiegel bereits im August einen „Rekordüberschuss für den deutschen Staat“ und benannte dabei auch die kommunalen Überschüsse mit 6,6 Mrd. Euro, während der deutsche Landkreistag kommunale Überschüsse 2018 insgesamt in Höhe von 7,6 Mrd. Euro prognostizierte – das wäre fast eine Verdoppelung der Überschüsse gegenüber 2017.

Dass ich trotz dieser Wirtschaftsdaten von einer finanziellen Notsituation der Kommunen spreche, hat damit zu tun, dass es zumindest nur die halbe Wahrheit ist, wenn zum Beispiel der Tagesspiegel als Ursache für die Überschüsse das Wirtschaftswachstum anführt. Denn abgesehen davon, dass die momentanen Überschüsse nichts an der Verschuldung der Kommunen ändern, ist darüber hinaus die ganze Wahrheit, dass die Überschüsse in den Kommunen auch das Ergebnis jahrelang ausbleibender Investitionen der Kommunen sind. So liegt der Investitionsbedarf der Kommunen nach Berechnungen der KfW-Bank 2018 bei 159 Mrd. Euro – zum Vergleich: Das sind fast 50 Prozent des Bundeshaushalts 2018 (343,6 Mrd. Euro). Alarmierend ist dabei nicht allein die Höhe des Investitionsbedarfs, sondern der Anstieg um über 30 Mrd. Euro in nur einem Jahr gegenüber 2017.

Diese Angaben korrespondieren auch mit den Ergebnissen der kommunalpolitischen Umfrage in den Grundorganisationen zu Situation in den Kommunen. Ungefähr 80 Prozent der Grundorganisationen gaben an, dass ausbleibende Investitionen in der Kommune ein Problem darstellen und zwar in der folgenden Reihenfolge: Schulsanierung und –neubau, Verkehrsinfrastruktur und ÖPNV, Wohnungsbau und Kitas.

Dass diese ausbleibenden Investitionen sich destruktiv auf die soziale Situation der Lohnabhängigen auswirken, habe ich bereits zuvor erläutert. Der Überblick über die finanzielle Situation der Kommunen zeigt jedoch auch, dass der Gesamtüberschuss über die Ungleichheit der Kommunen untereinander hinwegtäuscht, die auch durch Finanzausgleiche in keiner Weise aufgehoben werden. Die Ungleichheit der Kommunen weist dabei unterschiedliche Gefälle auf: Im Bundesgebiet ist ein Süd-Nord- bzw. ein West-Ost-Gefälle bei den Kommunalfinzen auszumachen. Regional sind wiederum Stadt-Land-Gefälle auszumachen sowie Regionen die aufgrund einer anhaltenden Deindustrialisierung wie das Ruhrgebiet zu den strukturschwachen Gebieten zählen.

Die Ungleichheit der Kommunen vertieft sich dabei, da die Kommunen mit den geringsten Einnahmen häufig auch die Kommunen sind mit den größten Sozialausgaben aufgrund der höheren Erwerbslosigkeit. Da ausgerechnet diese Kommunen wiederum aufgrund ausbleibender Investitionen nicht in der Lage sind, Förderungen vom Bund bei Investitionen abzugreifen, sehen sich Kommunen in struktur-

schwachen Regionen gezwungen, kommunales Eigentum verrotten zu lassen durch Nicht-Instandsetzung — und sind schnell dabei, alles abzustoßen, was nicht zu den Pflichtausgaben der Kommunen zählt: also Schwimmbäder, Bibliotheken, Jugendzentren, Museen und ähnliches, was für das sozial-kulturelle Leben der Lohnabhängigen gerade in den verarmten Regionen von großer Bedeutung ist.

Nun ließe sich dem zweiten Teil meiner These, dass die finanzielle Notlage der Kommunen das Ergebnis einer gezielten staatsmonopolistischen Umverteilung sei, sicher etwas entgegensetzen. Man könnte entgegnen: Die Kommunen waren solange in der finanziellen Notlage, solange das Wirtschaftswachstum negativ oder sehr niedrig war — jetzt, in einem Konjunkturjahr wie 2018, sprudeln auch wieder die Einnahmen der Kommunen durch Einnahmen aus der Gewerbesteuer. So schätzt es zum Beispiel auch der Deutsche Städtetag ein und warnt schon jetzt davor, dass die Kommunen den Gürtel enger schnallen müssten, weil der nächste Abschwung schon an die Tür klopfe. Falsch an dieser Betrachtung ist keineswegs, dass die nächste Rezession vor der Tür steht. Falsch ist nur die Akzeptanz, dass es quasi ein Naturgesetz sei, dass die Notlage der Kommunen sich im Gleichklang zur Konjunkturlage zu verhalten habe.

Diese Propaganda mögen neoliberale Apologeten der „marktkonformen Demokratie“ sogar selbst glauben — aber die 1 Prozent der Reichsten in diesem Land können über solche neoliberalen Märchen insgeheim nur schmunzeln. Denn sie wissen, dass sie selbst seit 1998 rotgrüne Steuergeschenke im Wert von 50 Mrd. Euro bekommen haben — pro Jahr und zwar völlig unabhängig von der jeweiligen Konjunkturlage.

Gleichzeitig — und auch das erfolgte völlig unabhängig von der Konjunkturlage — ist im gleichen Zeitraum der Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen von 20 auf 13 Prozent gesunken. Das meine ich mit einer gezielten Politik zur Verarmung der Kommunen, während das Märchen weiter verbreitet wird, wir würden in Deutschland über unsere Verhältnisse leben.

Neben der gezielten Steuerumverteilung zu Lasten der Kommunen kommen weitere Maßnahmen des Bundes hinzu, die finanziellen Spielräume der Kommunen einzuschränken bzw. faktisch das im Grundgesetz verankerte Budgetrecht der Kommunen außer Kraft zu setzen. Ein Meilenstein hier war die Abwälzung der Kosten der Unterkunft für ALG-II-

Empfänger im Rahmen der Hartz-IV-Gesetze auf die Kommunen (KdU) — wobei wiederum auf der Hand liegt, dass Kommunen in Regionen mit hoher Erwerbslosigkeit von dieser Maßnahme besonders hart betroffen waren und sind.

Und neben dem bereits eingangs erwähnten Subventionsprogramm für die deutschen Autokonzerne gibt es in den letzten Jahren weitere Maßnahmen, die dazu beigetragen haben, eine finanzielle Notlage in den Kommunen zu organisieren: So zum Beispiel das Abwälzen der Lasten für die Versorgung und Unterbringung Geflüchteter seit 2015 auf die Kommunen.

Der Wirtschafts- und Sozialhistoriker sowie jW-Autor Hannes Hofbauer schreibt in seinem jüngst erschienen Buch „Kritik der Migration“ zu den Kosten der Flüchtlingsbewegung 2015 ff: „Der Volkswirt Conrad Schuhler kommt nach vorsichtiger Berechnung auf 47 Milliarden Euro, die Deutschland jährlich zusätzlich aufbringen muss, seit die Wanderbewegung im Jahr 2015 alle Erwartungen bzw. Befürchtungen gesprengt hat.“ Von diesen Kosten trägt der Bund in Form von 670-Euro-Transferzahlungen an die Bundesländer pro Geflüchteten seit 2015 maximal ca. 10 Mrd. Euro im Jahr — den übergroßen Teil der restlichen 37 Mrd. Euro müssen die Kommunen stemmen.

Anstatt sich von der Willkommenskultur-Propaganda der Merkel/AKK-Regierung und der Bewusstseinsindustrie einlullen zu lassen, wäre es von Beginn an die Pflicht aller fortschrittlichen Kräfte gewesen, die menschenwürdige Versorgung, Unterbringung und Integration der Geflüchteten in den Kommunen offensiv zu einer Klassenfrage zu machen unter der Losung „Die Reichen als Fluchtverursacher sollen zahlen!“

Stattdessen haben Teile der fortschrittlichen Kräfte diese Frage reaktionären Kräften überlassen und sich im vermeintlichen „Kampf gegen rechts“ für die Interessen der Monopoulbourgeoisie einspannen lassen. Dabei geht es um einen ungehinderten Zugriff auf billige - qualifizierte und unqualifizierte - Arbeitskräfte und somit eine Vertiefung der neokolonialistischen Ausplünderung des Südens durch die imperialistischen Metropolen — auch auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse. Noch so ein Thema, das erklärt, warum linke Kräfte derzeit in der Arbeiterklasse nicht besonders hoch im Kurs stehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

In meiner zweiten These zu Block B geht es mir im nächsten Schritt darum zu klären, was das Ziel der politischen Vollstrecker auf Bundesebene beim gezielten finanziellen Aderlass der Kommunen ist. Meine These dazu lautet:

2. Zentrales Ziel auf kommunaler Ebene ist die fortschreitende Enteignung öffentlichen Eigentums (besser bekannt als „Privatisierung“) durch die Monopolbourgeoisie bzw. ihren reaktionärsten Teil – der Finanzoligarchie. Seit etwa einem Jahrzehnt sind dabei sog. Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP oder PPP) zur favorisierten Form der Privatisierung geworden. Diese fortschreitende Enteignung hat neben der Ausweitung des Niedriglohnssektors und der Errichtung des Hartz-IV-Regimes zur erheblichen Absenkung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse geführt. Sie ist aber auch auf Widerstand der Bevölkerung und der Gewerkschaften gestoßen.

Die Monopolbourgeoisie – insbesondere die Finanzoligarchie – sind mit zunehmender Ausweitung ihrer ökonomischen Macht und Intensivierung der Ausbeutung gezwungen, immer neue Kapitalanlagesphären zu erschließen — nicht um Profite zu sichern, sondern um STEIGENDE Profite zu sichern. Diese Absicherung der Profitsteigerung ist nur möglich, wenn die Erschließung aller gesellschaftlichen Bereiche im Sinne der Monopolbourgeoisie abgesichert ist – dazu zählt auch der Bereich der Reproduktionssphäre.

Privatisierungen sind hierbei der geeignete zentrale Hebel, der zunächst in Großbritannien und den USA im Zuge des neoliberalen Kreuzzuges unter Thatcher bzw. Reagan in den 80er Jahren angesetzt wurde und dann spätestens mit der Konterrevolution 89/90 auch in Deutschland einsetzte. Die Privatisierungen in Deutschland verliefen dabei in Wellen und betrafen unterschiedliche Bereiche. Während in den 90er Jahren die netzgebundene Infrastruktur vor allem im Bundesgebiet im Fokus stand (Bahn, Energie, Post, Telekom), stehen seit den 2000ern die lokale, soziale Infrastruktur im Mittelpunkt wie Wohnung, Gesundheit und Bildung.

Während zu Beginn der Enteignungen kommunaler Betriebe bis vor zehn Jahren noch Wohnungsbaugesellschaften im Mittelpunkt standen, folgte im nächsten Schritt verstärkt die Enteignung der kommunalen Krankenhäuser und Pflegeheime, gefolgt vom Bildungsbe-

reich, insbesondere von Schulen. Trotz der großen Privatisierungswellen in den 90ern und 2000ern ist mitnichten davon auszugehen, dass das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Insbesondere auf kommunaler Ebene sind die Potenziale zur Privatisierung noch lange nicht ausgeschöpft. Zur Einordnung: Während das Eigentum des Bundes einen Wert von ca. 257 Mrd. Euro umfasst, schätzt die Gruppe Gemeingut in Bürgerhand das kommunale Eigentum auf 2 Billionen (!) Euro. Dieses Investitions-Eldorado wollen sich weder Konzerne wie Bertelsmann oder Baukonzerne wie Hoch-Tief noch die Banken als Kreditgeber entgehen lassen. Das zentrale Druckmittel, um an dieses Eigentum ranzukommen, ist u.a. der bereits genannte gezielt herbeigeführte Investitionsstau der Kommunen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Neben den Schwerpunkten der Privatisierung haben sich in den letzten Jahrzehnten auch die Formen der Privatisierungen verändert. So ist in den letzten 15 Jahren ÖPP die favorisierte Form der Privatisierung. Dieser Formwandel hat im Wesentlichen zwei Gründe:

1. Ganz billig: Es geht um Etikettenschwindel. So ergaben Forsa-Umfragen 2010, dass sich 79 Prozent der Befragten gegen Privatisierungen aussprachen. In diesem Sinne taucht der Begriff auch im Koalitionsvertrag von Unionsparteien und SPD 2018 nicht ein Mal auf. Übrigens geht dem Begriff ÖPP schon ähnlich, weshalb der SPD-Linke-Senat in Berlin bei der Schulprivatisierung auch von der Wortneuschöpfung „ÖÖP“ – Öffentlich-Öffentliche-Partnerschaft – spricht.

2. ÖPP ist tatsächlich eine besondere Form der Privatisierung: Bei einer „normalen“ Privatisierung verkauft die Kommune ihr Eigentum – der Investor ist ab dem Moment voll für den Betrieb oder das Grundstück verantwortlich und hat ggf. auch eine Insolvenz finanziell zu tragen. Nicht so bei ÖPP: Hier gründen Kommunen und Privatinvestoren in der Regel gemeinsame Gesellschaften, die dann wiederum ggf. Aufträge an Private vergeben. Gebäude etc. werden bei ÖPP nicht verkauft, sondern der Investor wird mit dem Bau und dem Betrieb (z.B. einer Schule) für einen sog. Lebenszyklus (i.d.R. 30 Jahre) beauftragt. Für diese Beauftragung werden in der Regel Verträge abgeschlossen, die nicht nur die Kassen der darauf spezialisierten Anwaltskanzleien klingeln lassen mit Steuergeldern, sondern darüber hinaus zur Wahrung von Geschäftsinteressen der Investoren geheim sind – selbst

Abgeordnete kennen die Verträge häufig nicht, über die sie abstimmen.

Das hat aus Sicht der Investoren auch einen guten Grund: Die Verträge enthalten in den häufigsten Fällen (staatliche) Renditengarantien für die Investoren, die keiner öffentlichen Debatte standhalten würden. Dass diese Form der staatsmonopolistisch organisierten Privatisierung mit garantierten Renditen aus Steuergeldern ohne Risiko insbesondere für die Finanzoligarchie lukrativ ist, liegt nicht zuletzt daran, dass Investitionen in ÖPP frei gehandelt werden können als Produkte auf dem Finanzmarkt.

Um ÖPP als favorisierte Form der kommunalen Enteignung voranzutreiben, setzt die Große Koalition nicht allein auf den wachsenden Investitionstau der Kommunen. Bereits 2009 beschloss die Große Koalition die Verankerung der sog. Schuldenbremse im Grundgesetz. Diese Schuldenbremse sieht für Bund, Länder und Kommunen ein Verbot von Neuverschuldungen vor. Dass es sich bei dieser Grundgesetzänderung, die die ebenfalls im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung faktisch aussetzt, um den größten Demokratieabbau nach der Konterrevolution handelte, blieb in der damaligen eh überschaubaren öffentlichen Debatte unerwähnt. Unerwähnt blieb auch, dass eine Neuverschuldung mit einer einzigen Ausnahme nach wie vor möglich ist: Kreditaufnahmen der Kommunen zur Investition in ÖPP-Projekte sind ausdrücklich erlaubt – sie werden sogar noch vom Bund finanziell gefördert.

Die Schuldenbremse für Kommunen tritt ab 2020 in Kraft. Angesichts des bereits genannten explodierenden Investitionsstaus ist davon auszugehen, dass auf kommunaler Ebene in den nächsten Jahren eine neue Privatisierungswelle ansteht. Dass ausgerechnet ein Senat unter Regierungsbeteiligung der Linken mit der geplanten Schulprivatisierung in Berlin die Blaupause dafür liefert, wie diese Angriffe im Sinne der Finanzoligarchie gegen Widerstand durchgesetzt werden können, ist nicht nur einfach ein Skandal, sondern wird den Vertrauensverlust großer Teile der Arbeiterklasse gegenüber der Partei Die Linke weiter vertiefen, wie es die Ergebnisse der letzten Bundestagswahlen bereits eindrucksvoll gezeigt haben.

Mit aufrechten Aktivistinnen und Aktivisten gegen Privatisierung (mit keinen oder unterschiedlichen Parteibüchern in der Tasche) ist es unsere Aufgabe als DKP, die Partei Die Linke auch in dieser Frage massiv unter Druck

zu setzen. Dabei geht es nicht um bürgerliche Parteienkonkurrenz, sondern im Gegenteil darum, die Partei Die Linke bzw. ihre Führung dazu zu drängen, sich am Aufbau eines anti-monopolistischen Widerstands gegen diese drohende Privatisierungswelle zu beteiligen. Dabei müssen wir uns im klaren sein, dass die Privatisierungspolitik in Berlin durch die Führung der Partei Die Linke genauso wenig ein Betriebsunfall ist, wie das Abrücken von friedenspolitischen Grundsätzen – diese Teile der Linken-Führung wissen genau, was sie tun.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe bereits in These 2 etwas über die einsetzenden Privatisierungen in den 90er Jahren in Deutschland gesagt. Es ist aber m. E. notwendig, eine besondere Privatisierungswelle hervorzuheben in der jüngsten deutschen Geschichte. Meine These dazu lautet:

3. Die Kommunen auf dem Gebiet der DDR sind im besonderen Maße betroffen durch die größte Privatisierungswelle in der Geschichte Deutschlands infolge der Konterrevolution 1989/90.

Wenn von Privatisierungen in Deutschland die Rede ist, dann fällt die durch die Treuhand durchgeführte Enteignung des Volkseigentums auch unter (westdeutschen) fortschrittlichen Kräften gerne unter den Tisch. Um die Qualität dieser Privatisierung zu verdeutlichen möchte ich ein paar Zahlen liefern: So brach die Produktion des Industriesektors zwischen 89 und 91 um 70 Prozent ein. Im gleichen Zeitraum sank das Bruttoinlandprodukt um 40 Prozent. Die Auswirkungen: Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie (aber auch der Landwirtschaft) sank um 80 Prozent – insgesamt hatte sich das Beschäftigungsniveau 1991 gegenüber 1989 halbiert.

Genossinnen und Genossen, das sind wirtschaftliche Einbrüche, die vergleichbar mit den Folgen eines Krieges sind. Diese beispiellose Deindustrialisierung in Deutschland der jüngsten Geschichte auf dem Gebiet der DDR - auch das Ruhrgebiet hält da nicht mit - hat nicht nur eine enorme erdrutschartige Verarmung in der ostdeutschen Arbeiterklasse bewirkt, sondern auch die Weichen dafür gestellt, dass die ostdeutschen Kommunen – mit wenigen Ausnahmen wie Potsdam, Leipzig, Jena, Dresden – strukturell benachteiligt sind, weil sie aufgrund der Deindustrialisierung weniger Gewerbesteuerereinnahmen haben.

In Zahlen ausgedrückt: Ostdeutsche Kommunen müssen mit 60 Prozent der Steuerein-

nahmen westdeutscher Kommunen auskommen. Das gleicht – ein sinnvoller Einsatz mal angenommen – kein Solidarzuschlag aus. Um die sozialen, politischen und kulturellen Folgen dieses Raubzugs der westdeutschen Monopolbourgeoisie zu erfassen, reicht es nicht, sich diese nackten Wirtschaftszahlen vor Augen zu führen. Hinzu kam die Vertreibung der gesamten DDR-Eliten aus Militär, Verwaltung, Forschung und Wissenschaft. Bis heute sind wie im Kolonialstil ab einer bestimmten Hierarchiestufe in der Verwaltung (einschließlich Geheimdiensten wie dem VS!) ausschließlich westdeutsche Eliteangehörige tonangebend.

Einhergehend mit der festgeschriebenen Renten- und Tarifungleichheit und nicht zuletzt durch die aktive Auslöschung jeglicher Erinnerungen an die DDR ergibt sich eine Situation im Osten, bei der sich die Menschen völlig zu Recht als deutsche Bürger zweiter Klasse fühlen.

Block C: Kommunalpolitik der DKP und Schlussfolgerungen für die Arbeitsplanung des Parteivorstandes

Bevor ich im letzten Abschnitt zentrale Thesen formuliere, möchte ich vorab auf die Anlage der kommunalpolitischen Umfrage eingehen, auf der ein Teil meiner Thesen fußen. Zur Anlage der Umfrage ist festzuhalten:

- Von ca. 130 Grundorganisationen der Partei, haben sich 42 an der Umfrage beteiligt – das entspricht einem Drittel.
- Bis auf Sachsen, Sachsen-Anhalt und Saarland gibt es aus allen Bezirken Rückmeldungen, wenn auch in unterschiedlicher Anzahl: Fast 60 Prozent der Rückmeldungen kamen aus Schleswig-Holstein, Ruhr-Westfalen, Rheinland-Westfalen und Baden-Württemberg.

Diese Zahlen weisen darauf hin, dass die Ergebnisse durchaus repräsentativen Charakter haben – insbesondere, weil über 75 Prozent der Antworten kollektiv erstellt wurden durch Gruppen oder Gruppenvorstände. Dabei ist folgende Relativierung zu beachten: Die Ergebnisse der Umfrage lassen sich trotz der hohen Beteiligung nicht proportional hochrechnen auf alle Grundorganisationen. In der Tendenz – und das ist auch völlig normal – haben sich Grundorganisationen, die nichts mit Kommunalpolitik am Hut haben, eher nicht an der Umfrage beteiligt.

Diese Relativierung im Hinterkopf behaltend lautet meine erste These zur Kommunalpolitik:

1. Die Arbeit in der Kommune ist ein politisches und organisatorisches Standbein der DKP.

Es klingt vielleicht im ersten Moment etwas banal, eine These aufzustellen, die so oder so ähnlich schon der 22. Parteitag beschlossen hat. Ich möchte auf diese Weise herausstellen, dass die kommunalpolitische Umfrage diese These in mehrfacher Hinsicht bestätigt, aber eben auch Hinweise auf Probleme liefert.

Positiv fällt zum Beispiel auf, dass die Angaben der Grundorganisationen zur kommunalpolitischen Situation vor Ort im Wesentlichen mit den tatsächlichen Entwicklungen in den Kommunen korrespondiert. So entsprechen die am häufigsten genannten Privatisierungen den gesamtdeutschen Entwicklungen auf kommunaler Ebene, wenn Krankenhäuser und Pflegeheime am häufigsten genannt werden und bei ÖPP vor allem Schulen. Entsprechend der tatsächlichen Entwicklung werden Investitionsstaus vor Ort in der Reihenfolge Schulen/Kitas, Straßeninfrastruktur/ÖPNV und kommunaler Wohnungsbau genannt.

Auch bei der Einschätzung von Widerstand, bestätigt die Umfrage wichtige Tendenzen in kommunalen Kämpfen. Wir hatten gefragt, an welchen Punkten sich vor Ort Widerstand entwickelt. Für beachtenswert halte ich es, dass der Umweltschutz (Verteidigung von Grünflächen, Widerstand gegen industrielle Umweltverschmutzung) auf kommunaler Ebene von über 20 Prozent benannt wird – in etwa gleichauf mit Widerstand gegen Mieterhöhungen/Wohnungsnot. Über 26 Prozent der Grundorganisationen nannten allerdings davor noch den Widerstand gegen Privatisierung/ÖPP.

Erwähnenswert scheint mir dabei, dass zwei Drittel der Grundorganisationen Beispiele für erfolgreichen Widerstand in den letzten 10 Jahren nennen konnten. Hier tauchten wieder Privatisierungen und Umweltschutz auf – bezeichnender Weise wurde Wohnungspolitik nicht genannt. Und tatsächlich ist es der Mietenbewegung in den Metropolen in den letzten Jahren nicht gelungen, auch nur annähernd erfolgreiche Abwehrkämpfe zu organisieren. Die Gründe hierfür zu erörtern, würde den Rahmen sprengen.

Dieses vorhandene Wissen in den Grundorganisationen ist ein Indiz für einen gewissen Aktivitätsgrad der Grundorganisationen in der Kommune. Dieses Bild verstärkt sich durch die Angabe von 80 Prozent der Grundorganisationen auf Gruppenabenden in diesem Jahr

kommunalpolitische Themen behandelt zu haben – das sind über 26 Prozent aller Grundorganisationen der Partei. Insgesamt schätze ich ein, dass sich 1 von 3 Gruppen in der DKP mit Kommunalpolitik beschäftigt. Das ist m.E. dahingehend bemerkenswert, als dass geschätzt ein Viertel der Grundorganisationen im Prinzip nahezu inaktiv ist bis auf Gruppentreffen. Weiterhin gehe ich auch nicht davon aus, dass mehr Grundorganisationen aktive Betriebspolitik betreiben oder auch nur über die betriebliche Situation auf Gruppentreffen diskutieren.

Diese Aussagen müssen allerdings auch gleich wieder relativiert werden, denn nur in Ausnahmen kann die Rede davon sein, dass die Grundorganisationen auch tatsächlich ein aktiver vorwärtstreibender Part sind kommunalpolitischen Kämpfen.

Das zeigt sich daran, dass laut unserer Umfrage Bürgerinitiativen mit 41 Prozent als die führenden Kräfte des Widerstandes genannt werden, aber dann als Bündnispartner in der Kommunalpolitik nur noch zu 11,6 Prozent genannt werden. Das gibt einen Hinweis darauf, dass die Grundorganisationen nicht wirklich mit den Hauptträgern des kommunalen Widerstands verbunden sind.

Liebe Genossinnen und Genossen,

meine zweite These zur Kommunalpolitik lautet:

2. Kommunalpolitik in Kommunalparlamenten ist in der DKP rudimentär – Erfahrungen bzgl. der Arbeit in Kommunalparlamenten und selbst bei der Durchführung von Kommunalwahlkämpfen sind unterentwickelt.

Diese These klingt bitter und schmeichelt dem organisationspolitischen Zustand der Partei nicht. Umso wichtiger ist es aber, sich diesem Fakt bewusst zu sein, um daraus eine realistische Orientierung für die Kommunalpolitik des Parteivorstandes abzuleiten.

Etwa 3,8 Prozent der Grundorganisationen haben Vertreter in Kommunalparlamenten. Entscheidender noch: 60 Prozent der Grundorganisationen gaben in der Umfrage an, nach der Konterrevolution über keinerlei Erfahrungen in Kommunalwahlkämpfen zu verfügen. Auf die gesamte Partei bezogen, ist davon auszugehen, dass 3 von 4 Grundorganisationen nicht wissen, wie ein Kommunalwahlkampf zu führen ist.

Nun ist es keineswegs so, dass Kommunalwahlkämpfe das einzige oder auch nur entscheidende Instrument der DKP in der Kommunalpolitik sind. Aber sie sind selbstverständlich EIN Instrument zur Formierung der Partei in der Kommune, das möglichst breit in der Partei genutzt werden sollte. Eine solche Orientierung ist aber unrealistisch, wenn die Grundorganisationen sich selbst überlassen werden. Ohne zentrale Hilfestellung wird es den meisten Grundorganisationen nicht möglich sein, einen Kommunalwahlkampf zu organisieren. Diese Unterstützung muss aber in Hilfe zur Selbsthilfe bestehen: Anleitungen und Leitfäden zur Durchführung von Wahlkämpfen, Layoutvorlagen für Flyer und Plakate, Pressearbeit etc. sind Maßnahmen, die den Grundorganisationen helfen – Aufgaben, den sich in erster Linie die zentrale Öffentlichkeitsarbeit des PVs stellen muss.

Eine weitere Unterstützung ist notwendig in der politischen Positionierung, das Hinweisen auf die Knackpunkte in kommunalpolitischen Klassenkämpfen und der Austausch darüber in der Partei – hier steht die zukünftige Kommunalkommission in der Pflicht, entsprechende Instrumente zu entwickeln. Im Arbeitsplan werden dazu mit entsprechenden Ratschlägen, Materialien aber auch einem Kommunal-Newsletter usw. Vorschläge unterbreitet.

Neben der Notwendigkeit, Grundorganisationen bei Kommunalwahlkämpfen zu unterstützen, ist eine Konsequenz aus der Umfrage auch: Die typische GO Grundorganisation der Partei arbeitet außerparlamentarisch in der Kommune, wenn sie es tut – darauf ist die Kommunalpolitik des PVs auch auszurichten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der Umfrage wurden die Grundorganisationen auch gefragt, welche Themen der Kommunalpolitik der PV abdecken soll und in welcher Weise dies erfolgen soll. Die Antworten lassen mich folgende dritte These aufstellen:

3. Die kommunalpolitische Umfrage bestätigt die Orientierung und Schwerpunktsetzung des Arbeitsplans Kommunalpolitik des Parteivorstandes.

Selbstverständlich nannten die Grundorganisationen ein breites Spektrum an Themen, die ihres Erachtens in der Kommunalpolitik näher zu beleuchten wären. Trotzdem kristallisierten sich auch zwei deutliche Favoriten heraus: Über 70 Prozent der Gruppen nannten jeweils Wohnungspolitik und Privatisierung/kommunale Finanzen als die wichtigsten

Themen. Wie verhält sich dieser Wunsch der Gruppe nun zum Arbeitsplan?

Der Arbeitsplan sieht neben der Konstituierung einer Kommission und der Aufnahme ihrer Arbeit als inhaltliche Schwerpunktsetzung 2019 die Verteidigung des kommunalen Eigentums, was auch mit den zuvor genannten Tendenzen zu tun hat. Wohnungspolitik als explizites Thema taucht 2019 hingegen nicht auf. Warum schlägt das Sekretariat diese Herangehensweise vor?

Um die Politikfähigkeit der Grundorganisationen zu heben, die vor Ort mit sehr unterschiedlichen Fragen der Kommunalpolitik konfrontiert sind, ist es notwendig, im ersten Schritt die zentralen Knotenpunkte der Monoploffensive auf kommunaler Ebene herauszuarbeiten. Dreh- und Angelpunkt der kommunalpolitischen Architektur ist dabei die finanzielle Ausstattung der Kommune und ihr Eigentum an Betrieben der Daseinsvorsorge etc. Grundorganisationen, die diese Zusammenhänge grundlegend im Blick haben, sind vor Ort schnell in der Lage, entsprechende Strategien des Klassegegners zu erkennen und Gegenstrategien zu entwickeln – egal, ob es sich um die Privatisierung der Verwaltung, einer Schule oder eines Krankenhauses handelt oder um die Schließung eines Schwimmbades, einer Bibliothek oder eines Theaters. Ergo: Der Arbeitsplan setzt auf eine Art kommunalpolitische Breitbandbildung, statt auf die Vertiefung eines – mit Sicherheit wichtigen – kommunalpolitischen Spezialthemas. Es wäre falsch, den Arbeitsplan so zu lesen, als wenn Wohnungspolitik 2019 keine Rolle spielen würde. Der geplante kommunalpolitische Ratschlag unter dem Motto „Kommunales Eigentum verteidigen!“ wäre eine Nullnummer, wenn er nicht auch den kommunalen Wohnungsbesitz zum Beispiel in einem Referat oder einer Arbeitsgruppe als Hauptthema behandelt.

Aber auf diese Weise nähert sich die Partei dem Thema Wohnungspolitik dann auch aus einer strategischen Gesamtorientierung heraus – deren Kern heißt: Um die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in der Kommune zu verteidigen, muss um das kommunale Eigentum gekämpft werden.

Das ist eine Schlüsselforderung, die insbesondere in der Mietebewegung nicht selten sträflich vernachlässigt wird. So dienen „Mietenstopp“-Demos zwar häufig dazu, dass die Menschen ihren berechtigten Frust ein Mal im Jahr loswerden können. Aber als Hebel in kommunalpolitischen Klassenkämpfen greift

die Forderung nach Mietenstopp und ähnlichem nicht, weil die Ursache der Mietenexplosion dadurch nicht in den Mittelpunkt gerückt wird. Ursache ist die massenhafte Enteignung von Wohnbesitz in öffentlichem Eigentum und der ausbleibende Wohnungsbau in öffentlicher Hand unter demokratischer Kontrolle. In diesem Sinne hilft die Herangehensweise im Arbeitsplan, eine Wohnungspolitik mit einem klaren Profil zu entwickeln, die zur Formierung der Mietebewegung beitragen kann.

Liebe Genossinnen und Genossen,

In meiner vierten und letzten These zu Kommunalpolitik der DKP möchte ich das Verhältnis von Betriebs- und Kommunalpolitik – also den beiden Standbeinen der Arbeiterpolitik Partei – näher bestimmen bzw. auch einen mir wichtigen Aspekt hinweisen:

4. Kommunal- und Betriebspolitik der DKP im Bereich der Betriebe der kommunalen Daseinsvorsorge sind ein Schlüssel, um größere Teile der Grundorganisationen an eine Betriebsorientierung heranzuführen – und andersherum.

Zur Erläuterung dieser These möchte ich zunächst noch mal auf Entwicklungen in den Betrieben der Daseinsvorsorge und auch Betrieben der materiellen Produktion hinweisen: Wenn wir uns die jüngste Geschichte der Streikbewegungen in Deutschland vergegenwärtigen, ist auffallend, dass Tariffkämpfe von Erziehern, Lehrkräfte, im Gesundheitsbereich, der Bahn usw. zum Teil heftiger ausgetragen wurden als zum Beispiel in der Automobilindustrie. Die Gründe dafür sind m. E. in zwei Punkten zu finden:

* Die Kolleginnen und Kollegen der öffentlichen Daseinsvorsorge waren in den letzten 30 Jahren relativ betrachtet durch Privatisierungswellen etc. stärkeren Angriffen ausgesetzt als die KollegInnen in den Zentren der materiellen Produktion – das gilt übrigens auch für anstehende Rationalisierungswellen im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung. Dass sich die Kolleginnen und Kollegen in der Daseinsvorsorge dagegen vermehrt zur Wehr setzten, leuchtet ein, wobei der Widerstand an sich nicht gleichzusetzen ist mit einem erfolgreichen Widerstand.

* Es ist ein Irrglaube, aus dem hohen Organisationsgrad zum Beispiel der IG Metall in Automobilbetrieben automatisch eine höhere Bereitschaft zum Widerstand abzuleiten. Die sozialpartnerschaftliche Orientierung gerade für

diese Kernbereiche der Arbeiterklasse ist für die deutsche Monopolbourgeoisie von entscheidender Bedeutung – sie wissen genauso wie wir: Wenn sie diese Burgen verlieren, droht ihr Königreich einzubrechen. Das ist nebenbei angemerkt auch eines der Gründe, warum es für Kommunistinnen und Kommunisten ungleich schwerer ist, in diesen Betrieben Fuß zu fassen – also auch Betriebsstrukturen aufzubauen. Hier müssen dicke Bretter gebohrt werden, um eine DKP-Struktur zu etablieren – im Sinne von: Es ist richtig darauf hinzuwirken, dass die Partei zu diesem organisatorischen Kraftakt in der Lage ist.

Aus diesen beiden Punkten resultiert, dass es für Grundorganisationen einfacher ist, in Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge – von außen und mitunter auch spontan – zum Beispiel in Tarifikämpfe einzugreifen. Dieses Eingreifen wird mitunter sogar von ver.di wie im Gesundheitsbereich unterstützt durch den bereits erwähnten Aufbau von Pflegebündnissen vor Ort. Das spezifische am Eingreifen der Grundorganisationen in Tarifikämpfe der öffentlichen Daseinsvorsorge ist, dass die Solidaritätsarbeit der Grundorganisation einen re-

lativ hohen Stellenwert für die erfolgreiche Durchsetzung von Tarifforderungen hat. Denn wie bereits zuvor erwähnt, ist die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger, wenn die Müllabfuhr, die Kitas, die Lehrer oder Krankenpflegerinnen streiken, von entscheidender Bedeutung, um die Streikfront zu halten – jeder Infofisch einer Grundorganisation bei dem die Bürgerinnen und Bürger über die gemeinsamen Interessen mit den Beschäftigten informiert werden, nutzt den Kolleginnen und Kollegen enorm.

Völlig klar ist dabei: Eine solche Orientierung im Bereich der Kommunen kann einer ordinäre Betriebsorientierung nicht ersetzen. Aber Erfahrungen, die Grundorganisationen hier sammeln, können nutzbar gemacht werden, um eine gleichwohl erfolgreichere Betriebspolitik in Angriff zu nehmen. In diesem Sinne sind Betriebs- und Kommunalpolitik zwei Seiten einer Medaille, die den Namen antimonopolistischer Kampf trägt. Inwieweit die Partei auf der Höhe der Zeit ist, zeigt sich daran, inwieweit sie sich sicher und geschmeidig in beiden Terrains des Klassenkampfes bewegen kann.

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

8./9. Dezember 2018, Essen

- es gilt das gesprochene Wort.

Einleitung zur Diskussion um die Rechtsentwicklung

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich möchte eine Vorbemerkung zu diesem Referat machen. Wir nähern uns in einer Diskussion der Frage der Rechtsentwicklung, der Analyse, der Hintergründe an. Wir sind nach wie vor unsicher, in welche Richtung das Ganze geht.

Wahrscheinlich ist diese Unsicherheit auch Ergebnis dessen, dass sich die herrschende Klasse selbst, dass das Monopolkapital mehrere Optionen hat. Wahrscheinlich ist es auch so, dass unterschiedliche Fraktionen des Monopolkapitals unterschiedliche Varianten favorisieren. Das ist nicht neu in der Geschichte, das war zum Beispiel auch in der Weimarer Republik so.

Einig ist sich das Monopolkapital, dass es eine Rechtsentwicklung geben soll, die Ausprägung scheint mir aber noch umstritten. Solche Widersprüche drücken sich letztlich auch in personellen Fragen wie der Debatte um den CDU-Vorsitz aus. Wobei dabei noch zu beachten ist, dass für die Herrschenden mitentscheidend ist, mit wem die als notwendig erachtete Rechtsentwicklung besser durchzusetzen ist, weil zum Beispiel möglicher Widerstand dadurch verhindert wird, dass seine potentiellen Träger mit Versprechen, Zugeständnissen in die Umsetzung eingebunden werden. Im Rückblick war dies zum Beispiel oft durch die Einbindung der SPD und Nutzung des SPD-Einflusses auf die Gewerkschaftsbewegung möglich.

Ich bleibe aber dabei, wir stehen sowohl bei der Analyse, als auch bei den Konsequenzen, die das für uns, für die Arbeiterbewegung, für Bündniskonstellationen bedeutet, erst am Anfang der Debatte. Deswegen stellt mein Referat keinesfalls eine abgeschlossene Position der DKP zur Rechtsentwicklung dar. Es soll ein Impuls in der bereits laufenden Diskussion sein.

Wenn wir über Rechtsentwicklung reden, dann müssen wir zuerst über die Situation re-

den, in der sich der Kapitalismus/Imperialismus befindet.

Unumstritten ist, dass es 2007/2008 zu einer tiefen Krise des Kapitalismus kam. Unsere Analyse war, dass es sich um eine zyklische Krise handelte, die durch eine starke Krise der Kapitalüberakkumulation verstärkt und damit zu einer tiefen Krise gemacht wurde. Diese Krise erfasste den Weltmarkt, vor allem den kapitalistischen relativ umfassend.

Diese Krise ist nur von einem Teil der kapitalistisch/imperialistischen Staaten in Richtung einer gewissen Aufschwungsituation verlasen worden, allerdings und das ist das entscheidende, ohne, dass weltweit die aufgebauten Überkapazitäten tatsächlich abgebaut worden wären. Erst recht gab es kaum einen durchgängigen Abbau von Ungleichgewichten zwischen den Ökonomien, die aber eine zusätzliche Befuerung der Krise und ihrer Auswirkungen darstellten. Dies führt zu einer Situation, dass einzelne Ökonomien, darunter Deutschland, nach der Krise eine Aufschwungsituation durchliefen, die aber nicht auf dem Wiederaufbau reinigend abgebauter Kapazitäten, sondern auf der Ausblutung anderer Ökonomien beruhte.

Von den führenden Imperialismen konnte im Wesentlichen nur der deutsche einen zeitweiligen Ausweg aus der Krise finden, der vor allem auf der Ausblutung schwächerer Ökonomien in- und außerhalb der EU beruhte. Schon der französische Imperialismus war gezwungen, die Orientierung stärker nach innen zu richten und kommt aktuell deswegen mit der noch in den Anfängen von Macron vermittelten Integration großer Teile des Volkes an die Grenzen.

Auch der US-Imperialismus hatte diese Möglichkeiten weniger, das ist der Hintergrund der Losung von „Amerika first“, die Trump für Massen zum Hoffnungsträger machte. Ein Kurs, der zwingend die Konflikte mit anderen Imperialismen und der VR China verschärfte.

Neben diesen ökonomischen Krisen, haben wir es, auch im Ergebnis dieser Krisen mit Handelskriegen und Kriegen zu tun. Wir haben eine reale Gefahr der Ausweitung zum Flächenbrand. Wir haben es mit einer ökologischen Krise zu tun, die die natürlichen Lebensgrundlagen nicht nur gefährdet, sondern bereits massiv schädigt. Sie ist geschuldet dem Run nach Profit und der Run nach Profit verhindert eine erfolgsversprechende Gegenstrategie, verhindert selbst oft einzelne Gegenmaßnahmen.

Der Kapitalismus/Imperialismus dominiert den Weltmarkt. Damit sind auch die internationalen ökonomischen Beziehungen im Wesentlichen dem Profitprinzip, der Ausbeutung unterworfen. Hoffnungsvolle Alternativprojekte, zum Beispiel im Umfeld der BRICS-Staaten, aber auch das Seidenstraßen-Projekt der VR China werden dadurch erschwert, torpediert.

Das alles führt zu einer großen Flucht- und Migrationsbewegung, die teilweise, gewollt oder billigend in Kauf genommen oder mit Abschottung abgewehrt werden soll. Flucht und Migration selbst werden damit zum Objekt, zum Instrument im Klassenkampf, zum Kampf zwischen den Imperialismen und den kapitalistischen Ökonomien.

Ich glaube es ist richtig all diese Momente zur Formulierung der „Allgemeinen Krise des Kapitalismus“ zusammenzuziehen und festzustellen, dass er sich dieser Allgemeinen Krise nicht mehr entziehen kann. Aufgebraucht sind auch alle Potentiale, die sich für den Kapitalismus/Imperialismus durch die Konterrevolution in den europäischen sozialistischen Ländern ergaben und damit folgt aus dieser Allgemeinen Krise eine weitere Krise, nämlich die Krise des integrativen Modells der kapitalistischen Herrschaft, das bislang zumindest in den hochentwickelten imperialistischen Ländern, den scheinbar „zivilisierten“ zum Einsatz kam.

Flucht, Migration, Umweltzerstörung, Ausblutung schwacher Ökonomien, ertrinkende Flüchtlinge, aber auch die Labilität der Verhältnisse – Brasilien, Zerfall der sogenannten Volksparteien, AfD-Aufschwung, Proteste in Frankreich – alles belegt aus meiner Sicht, dass das integrative Modell der kapitalistischen Herrschaft in einer Krise steckt.

Der Kapitalismus ist trotz unserer Schwäche, trotz des anscheinenden Durchmarsches an allen Fronten, trotz der Niederlage des sozialistischen Staatensystems, in einer für ihn unüberwindlichen Krise. Es fällt ihm zunehmend schwer, seinen Staat und die ganze Gesellschaft so einzurichten, dass die Rentabilität

seiner entscheidenden Monopole gesichert wird. Die Lasten, die hierzu im monopolkapitalistischen Staat der übrigen Bevölkerung aufgeladen werden, die Widerstände, die in den ausgebeuteten Nationen entstehen und die Widerstände der konkurrierenden Imperialisten sind die gesetzmäßigen Umstände ihrer Herrschaft. Diese Umstände gefährden aber alle sowohl je einzeln als auch in ihrer Verbindung die weitere Absicherung und Durchsetzung ihrer Herrschaft.

Dem steuert der Imperialismus entgegen mit militärischer Absicherung und Krieg nach Außen gegenüber den ausgebeuteten Nationen und auch gegen die imperialistische Konkurrenz. Und er braucht die Absicherung dafür nach innen, dazu gehört die Tendenz zum autoritären Staat und der ideologische Klassenkampf, der das alles verschleiern und die Beherrschten gegeneinander aufbringen soll. Das ist die eigentliche Ursache der Rechtsentwicklung.

Erscheinungen der Rechtsentwicklung sind: Die Agenda 2010 mit dem damit verbundenen Erpressungsdruck auf die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften. Aufrüstung, Militarisierung, Kriegspropaganda und Werben für's Sterben. Dazu gehören Sozialabbau und die Zerstörung der Bedingungen gesellschaftlichen Zusammenlebens, weil Wohnen, Gesundheit, Bildung und die natürliche Umwelt dem Primat des Profitmachens unterworfen werden. Es bedeutet Zerstörung demokratischer Prinzipien und Rechte, bedeutet neue Polizeigesetze und Ausnahme Gesetze für „Gefährder“.

Es bedeutet Propaganda zur Brutalisierung des Konkurrenzkampfs innerhalb der Arbeiterklasse und Verkleisterung der Interessengegensätze zwischen den Klassen – bedeutet Rassismus und Nationalismus. Und natürlich spielen dabei auch rassistische und faschistische Organisationen eine Rolle. Aber sie sind nicht Ursache der Rechtsentwicklung, sondern Instrumente innerhalb der letztlich vom herrschenden Monopolkapital und seiner Regierung betriebenen Rechtsentwicklung.

Den Bürgerlichen Parteien, auch der SPD und den Grünen kommt dabei die Rolle zu dies durchzusetzen, selbst, wenn das ihre eigene Existenz gefährdet, indem es das ganze System der Volksparteien labil macht.

Das Kapital formuliert dabei offen seine Anforderungen, so lies der BDI kürzlich verlauten: „Bürger und Wirtschaft verlangten nach einem überzeugenden Staat, der für sie da ist und Angebote für die Zukunft mache. Niemandem nutzt eine Große Koalition, die sich

in der neuesten Auflage vor allem mit hausgemachten Krisen zu beschäftigen scheint.“ Die Monopolbourgeoisie sieht – und zwar zu Recht – ihr Herrschaftsmodell der letzten 70 Jahre in Frage gestellt. Zumindest ist sie sich nicht mehr sicher, dass es auch für zukünftige Herausforderungen eine als notwendig erachtete Stabilität garantiert.

Und genau hier kommt die AFD ins Spiel. Zuerst dient sie einer neuen Form der Integration von Teilen der Menschen, die der Integration der bürgerlichen Parteien verloren gehen. Sie integriert Widersprüche, indem sie diese gegen Geflüchtete und Migranten richten und/oder sich als Opposition gegen das Establishment darzustellen versucht. Ihre Rolle ist damit das Ablenken von den Ursachen und Verursachern, das Spalten und dabei noch zu behaupten, das wäre systemkritisch, weil es sich vom bisherigen Kanon der bürgerlichen Parteien abhebt, um genau dadurch wieder in die tatsächliche Herrschaft des Monopolkapitals zu integrieren.

Ich bin mir recht sicher, dass die AFD nicht nur eine Neuauflage von Integration ist, sondern auch die Option beinhaltet, in einer autoritäreren Phase, eine zentrale Rolle zu spielen. Hier soll die AFD möglicherweise als Katalysator wirken, dann wird der Ruf Merkel muss weg verbunden sein mit Forderungen nach dem Abbau bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit und dem starken Mann. Deswegen müssen wir natürlich die AFD bekämpfen, aber eben vor allem dadurch, dass wir verhindern, dass immer mehr Menschen, die eigentlich im Widerspruch zu den Erscheinungen der Rechtsentwicklung stehen, der Rechtsentwicklung auf den Leim gehen, indem sie der AFD auf den Leim gehen.

Das heißt weiter, wir müssen auch aufzeigen, dass hinter den Erscheinungen der Rechtsentwicklung System steckt, nämlich Kapitalismus / Imperialismus.

Das heißt weiter, wir müssen als treibende Kraft der Rechtsentwicklung das Monopolkapital entlarven.

Das heißt weiter wir müssen alles aufgreifen, was es an antimonopolistischen Bündnismöglichkeiten gibt, aktuell denke ich dabei an „Aufstehen“, an die Friedensbewegung, an Abrüsten statt Aufrüsten.

Und das heißt, wie wir das ja für den Kampf um Reformen nur zu gut wissen, dass wir all das nicht tun sollten, ohne unsere grundsätzliche Analyse in die jeweiligen Kämpfe und Bewegungen zu tragen. Dazu gehört gerade auch unsere Analyse der Ursachen der Rechtsentwicklung.

Was die herrschende Klasse seit spätestens 1914 gelernt hat, ist, dass es für ihre Herrschaftssicherung entscheidend ist, dass es ihr gelingt, Teilen der beherrschten Klassen und Schichten, Teilen der Ausgebeuteten zu vermitteln, dass es eine Interessensidentität zwischen ihren Interessen und den Interessen der herrschenden Klasse gäbe. Ansatz und zentraler Punkt dies zu erreichen war immer „andere Fragen“ über die Klassenfrage zu stellen. Beispiele:

- Der Angriff im ersten Weltkrieg wurde damit begründet, dass die deutschen gemeinsam die unterdrückten Russen von der Knute der Zarenherrschaft befreien müssten.
- Der Faschismus wurde damit begründet, dass es eine nationale Gemeinschaft der Arbeiter und Kapitalisten gegen das jüdische Weltfinanzkapital und die nationale Unterdrückung Deutschlands gäbe.
- Die Restauration des Kapitalismus in der Bundesrepublik wurde mit dem notwendigen nationalen Konsens gegenüber der Sowjetunion und der DDR zur Verteidigung der Freiheit begründet.
- Der Jugoslawienkrieg wurde mit der Notwendigkeit der Verhinderung eines zweiten Auschwitz begründet.
- Die EU wird mit dem nationalen Wohlstand, der Freiheit- und Wohlstandsperspektive für alle und der Absage an Nationalismus begründet.
- Die Merkelsche Flüchtlings- und Migrationspolitik wird mit Humanismus begründet.

Was merken wir bei diesen Beispielen sehr schnell? Wir merken, wenn wir zulassen, dass bei der Beurteilung der historischen Beispiele die Analyse der Klassenfrage vernachlässigt wird, dann gehen wir fehl und, wer in der Geschichte bei diesen Fragen fehl ging, der hatte die Klassenfrage bewusst oder unbewusst vernachlässigt.

Das gilt auch für eine Frage, die im Zusammenhang mit der Rechtsentwicklung eine zentrale Rolle spielt, indem sie sowohl benutzt wird um Rassismus und Nationalismus zu erzeugen, als auch um Versuche dem entgegenzuwirken zu diskreditieren. Das geht soweit, dass selbst humanistische, fortschrittliche Positionen mit Etiketten wie antisemitisch, nationalistisch oder rassistisch zu bezeichnen. Ihr kennt das:

- Wer die Kriegspolitik Israels, die rassistische Siedlungspolitik kritisiert – ist Antisemit.

- Wer formuliert, dass Migration auch den Herkunftsländern Ressourcen entzieht, ist Nationalist.

•
Das Ganze wird nicht einfacher dadurch, dass Antisemiten, Nationalisten und Rassisten natürlich auch versuchen Boden zu gewinnen, indem sie:

- die schlimme Politik des Staates Israels nutzen, um gegen „die Juden“ aufzutreten.
- die objektive Problematik der Migration nutzen um gegen die Geflüchteten zu hetzen und damit von der Ursache von Migration abzulenken.

Und das Ganze wird nicht einfacher dadurch, dass auch Linke und Humanisten oder vermeintlich Linke oder vermeintliche Humanisten falsche Gegensätze in den Diskurs tragen:

- So halte ich den Widerspruch der mit dem Aufruf „Solidarität statt Heimat“ aufgemacht wurde für einen grundfalschen, der damit noch den Heimatbegriff quasi auf dem Spiegelbrett den Reaktionären serviert, satt ihn, was notwendig wäre zu übernehmen und humanistische, fortschrittlich auszufüllen.
- Und auch die Diskussion um offene Grenzen für alle wird spätestens an dem Punkt falsch, wenn sie nicht mehr die Verursacher von Krieg, Umweltzerstörung und Armut benennt und damit zugleich klarmacht, dass die zentrale Aufgabe ist Krieg, Umweltzerstörung und Armut zu beenden, um Menschen nicht mehr zu Flucht und Migration zu zwingen.

Wir müssen uns deshalb auch mit der Frage von Flucht und Migration als Objekt des Klassenkampfes befassen.

Ursachen von Flucht und Migration sind immer, sofern es sich nicht um Naturkatastrophen handelt, Ergebnisse von Klassenfragen. Und selbst bei Naturkatastrophen spielen meist Klassenfragen eine Rolle, seien es Billigbauten bei Erdbeben, oder ein Gesundheitssystem, das Arme ausgrenzt bei Epidemien oder Seuchen.

Daneben sind es Kriege, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen oder der sozialen Perspektiven, die Flucht und Migration verursachen. Damit sind es Klassenfragen, die als Ursachen stehen.

Aber Flucht und Migration selbst sind ebenfalls Objekt des Klassenkampfes. Das wissen wir geschichtlich sehr gut. Die ökonomische

Ungleichheit an der Grenze der beiden Welt-systeme des Kapitalismus und des Sozialismus, also an der Grenze von BRD und DDR wurden in der gesamten Geschichte massiv ausgenutzt um Migration als Frage des Klassenkampfes zu nutzen.

Die Migration aus der DDR war politisch willkommen, sie wurde planmäßig als Abwerbung initiiert, sie wurde in der BRD so verkauft, dass jeder, der nur leise angemahnt hätte, dass auch sie die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse verschärfte, sofort zum Vaterlandsverräter geworden wäre. Sie war nützlich, weil gut ausgebildete Fachkräfte kamen und damit war sie auch politisch nützlich, weil der DDR gut ausgebildete Fachkräfte entzogen wurden. Selbst als das nach dem Bau der Mauer nicht mehr so einfach ging konnte man das instrumentalisieren. Die Vergütung, die die DDR forderte, um die Ausbildungskosten zu refinanzieren, wenn Menschen in die BRD ausreisen konnten, weil die BRD das wollte, wurde Freikaufprämie genannt, um zu transportieren dass es sich bei der DDR um ein unmenschliches System handele.

Wir sollten uns das ins Gedächtnis rufen, wenn wir heute an die Frage von Flucht und Migration herangehen. Dabei müssen wir beachten, dass die Klassenanalyse der Erscheinung von Flucht und Migration zu trennen ist von der Beurteilung, dem Umgang mit den Flüchtenden und Migrierenden. Hier ist im Wesentlichen anzuerkennen, dass Gründe für Flucht und Migration in der Regel genauso legitim sind, wie die Auswahl des Ziels. Jeder von uns würde vermutlich in einer Situation, in der sein Leben, seine Perspektive oder die seiner Familie gefährdet sind, nicht anders handeln und man würde sich als mögliches Ziel die Länder aussuchen, die sozial und ökonomisch die größte Hoffnung verkörpern, dort eine Perspektive zu finden.

Ins Gedächtnis rufen heißt aber dass Flucht und Migration auch beinhalten können, dass eine starke Ökonomie sich Ressourcen besorgt indem sie diese abwirbt und es beinhaltet eben auch, dass einer Ökonomie geschadet werden kann, wenn man Ressourcen abwirbt.

Und nicht zuletzt, Kalkül des Klassenkampfes der ja nicht nur zwischen der Klasse der Ausbeuter und den Ausgebeuteten, sondern auch zwischen den Imperialisten selbst und zwischen unterschiedlichen Kapitalfraktionen läuft, kann auch sein Flucht und Migration zu instrumentalisieren, um im innerimperialistischen Konkurrenzkampf Boden zu gewinnen.

Dabei sind die unterschiedlichsten Varianten möglich. Das kann sowohl darin bestehen anderen Ökonomien Ressourcen zu entziehen als auch andere Ökonomie durch die Folgen von Flucht und Migration zu belasten. Das sind auch die Hintergründe dafür, wenn Merkel und Seehofer sich über den Umgang mit Flucht und Migration streiten.

Da standen beide für die Interessen unterschiedlicher Kapitalfraktionen. Eine weltmarkt- und exportorientierte Fraktion braucht wohl mehr den Anschein der offenen Grenzen für Kapital, Dienstleistungen und Menschen, braucht ggf. auch eine größere industrielle Reservearmee – geheuchelt natürlich trotzdem, wenn man an den Deal mit Erdogan und die Abschottung der EU-Außengrenzen zurückdenkt. Eine andere Kapitalfraktion ori-

entiert eher auf „qualifizierte Ressourcen“. Für diese sind geschlossenen Grenzen und ein Einwanderungsgesetz interessanter. Beides entspringt nicht humanistischen Überlegungen. Merkels und Seehofers Unterschied in der Flüchtlingsfrage auch nicht. Es entspringt Kapitalverwertungsinteressen, dabei dürfen wir weder denen der einen, noch denen der anderen auf den Leim gehen.

Ohne Klassenfrage geht das nicht – mit ihr als Kompass werden wir besser in der Herangehensweise an die Rechtsentwicklung, das brauchen wir, das müssen wir als unseren Beitrag in die Kämpfe gegen die Rechtsentwicklung einbringen.

Führen wir die Debatte weiter und entwickeln wir unseren Kampf dagegen weiter.

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

8./9. Dezember 2018, Essen

Einführung zur Weiterentwicklung der Grundkurse „Einführung in den Marxismus“ an der KLS

Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich spreche zum Antrag des Sekretariates und der Leitung der Karl-Liebknecht-Schule „Zur Weiterentwicklung der Grundkurse ‚Einführung in den Marxismus‘ und zum Aufbau eines Systems von weiteren Kaderqualifizierungskursen

Erfahrung und Weiterarbeit mit den „Grundkursen“

Zu diesem Herzstück des Seminarangebotes der Karl-Liebknecht-Schule, das wir im Leitungsteam mit dem besonderen Engagement der Genossen Mark und Percy im Lauf dieses Jahres ausgearbeitet und in zwei viertägigen Kursen im Mai und Oktober durchgeführt haben, liegen Euch schriftliche Auswertungsberichte vor. Außerdem eine Gesamtauswertung, die auch im Sekretariat diskutiert wurde.

Ich muss deshalb nicht alle Details wiederholen, sondern begnüge mich mit einer summarischen Bewertung, um dann zu den Euch ebenfalls schriftlich vorliegenden Schlussfolgerungen zu kommen.

Zur Gesamtauswertung

TeilnehmerInnenentwicklung und –zusammensetzung

Insgesamt hatten wir in 2018 für beide Kurse - 27 TeilnehmerInnen bei ca. 37 Anmeldungen mit steigender Tendenz von Kurs 1 zu Kurs 2:

12 TeilnehmerInnen (davon 9 DKP) bei 15 Anmeldungen im Mai,

15 TeilnehmerInnen (davon 12 DKP) bei insgesamt 22 Anmeldungen im November.

Vertreten waren alle Altersgruppen von SDAJ- bis zum Rentenalter. Alle sind Partei- oder SDAJ-Mitglieder. Ein Teilnehmer im Kurs 1 war aus der PDL, mittlerweile ist er in die DKP eingetreten. Die 3 Nichtmitglieder

aus Kurs 2 sind anschließend ebenfalls eingetreten.

Die Zusammensetzung war

- sozial heterogen
- Parteimitgliedschaft reichte von 3 Monaten bis zu 40 Jahren
- Funktionen: Es gab Teilnehmer ohne Funktion bis hin zu einem Mitglied des Bezirkssprecherrats
- regionale Herkunft: der Osten und Norden fehlte.
- Vorkenntnisse waren sehr heterogen – sie reichten von Null bis hin zu mehrmonatigen DDR-Schulungen.
- Anmeldungen erfolgten überwiegend aus Eigeninitiative, für den Novemberkurs vermehrt auch über Leitungsorgane – hier zeichnete sich vor allem der Bezirk Rheinland-Westfalen aus

Mit 27 TeilnehmerInnen in diesem Jahr sind die beiden Grundkurse an der KLS an ihre Kapazitätsgrenze gestoßen. Eine Gruppengröße von 15 TeilnehmerInnen sollte nicht überschritten werden um jedem/jeder Teilnehmer/in eine aktive Teilnahme zu ermöglichen.

Inhaltlicher Ansatz

Es geht in den Grundkursen um eine Einführung in alle 3 Bestandteile des Marxismus-Leninismus in 4 Tagen. Es ging so weit wie möglich um Klassikertexte im Original (Marx-Engels-Lenin).

Ziel war außerdem, die TeilnehmerInnen zum eigenständigen, aktiven Umgehen mit theoretischen Texten zu befähigen. Sie sollten lernen

- eigenständig Texte zu lesen,
- in Kleingruppen zu diskutieren, Fragen zum Text beantworten zu können,
- im Plenum aktiv zu diskutieren,
- als Kollektiv zu lernen,

- nach dem Kurs eigenständig weiterarbeiten zu können.

Es sollte das Bedürfnis nach weitergehender Beschäftigung/Vertiefung des Studierten geweckt werden.

Die Realisierung erfolgte mit Hilfe eines neu entwickelten Readers (220 Seiten) mit allen Lesetexten, Kontroll- und Diskussionsfragen, Literaturliste, Glossar, Anschauungsmaterial und einer einheitliche Gestaltung über alle drei Bestandteile hinweg.

Auswertung

- hohe Teilnehmerzufriedenheit in beiden Kursen
- TeilnehmerInnen kommen sehr gut mit dem intensiven, eigenständigen Erarbeiten der Texte zurecht – trotz sehr unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen
- Aufbau eines Lernkollektivs funktioniert sehr gut
- Kritik: längere Referate der Referenten werden kritisiert – die TeilnehmerInnen wollen lieber selber arbeiten
- Interesse an weiterführenden (Wochen)-Seminaren bei den Teilnehmern
- Interesse an Durchführung des Grundkurses in Süddeutschland (Nürnberg, Fürth, Schleswig-Holstein)

Änderungsbedarf/Perspektiven

Notwendig ist vor allem eine genauere Zielgruppenbestimmung und Erhöhung der Verbindlichkeit bei der Teilnahme.

Dazu will ich an den Grundsatz erinnern: Die Karl-Liebknecht-Schule ist eine Ausbildungsstätte für die DKP und von der DKP. Sie ist unsere zentrale Parteischule. Ihre Arbeit beruht auf den zentralen Parteibeschlüssen. Das gilt natürlich auch für die Grundkurse.

Ich erinnere an den entsprechenden Beschluss des 22. Parteitages: „Für Frieden Arbeit Solidarität – Die DKP stärken!“. „Zur Schulung unserer Leitungsmitglieder auf allen Ebenen werden an der Karl-Liebknecht-Schule im Jahr zwei viertägige Seminare zu den Grundlagen kommunistischer Politik durchgeführt. Die Anmeldungen zu den Schulungen laufen in der Regel über die Bezirks- und Landesvorstände, die eine Planung erstellen, die die Gewinnung von Teilnehmern vorsieht. Zusätzlich beginnen wir die viertägige Grundlagenschulung mit Hilfe der Karl-Liebknecht -Schule auch regional durchzuführen.“

Die Teilnahme an einem „Grundkurs“ dient also nicht einfach der Befriedigung eines völlig legitimen individuellen Bildungsbedürfnisses oder einer sehr sinnvollen Abwechslung in der üblichen individuellen Freizeitgestaltung. Und gewiss gilt auch: Unsere Parteischule steht allen Mitgliedern offen. Natürlich wünschen wir uns alle für die Zukunft nicht nur zwei, sondern möglichst viele Grundkurse, weil es so viele Anmeldungen und Teilnehmer gibt.

Der Grundkurs muss aber gleichzeitig und auch stärker und verbindlicher zur Qualifizierung von Mitgliedern und engsten Sympathisanten genutzt werden, die für künftige Leitungsaufgaben vorgesehen sind. Dies bedeutet eben, dass es künftig Anmeldungen weitestgehend nach dem Delegationsprinzip geben soll. Damit soll auch die derzeitige Kluft zwischen Anmeldezahl und tatsächlicher Teilnahme verkleinert werden.

Nochmals:

- Zum Grundkurs darf jedes Mitglied der DKP oder von einer Parteigliederung bestätigter Sympathisant gemeldet werden
- Wer sich anmeldet, meldet sich künftig in Absprache mit seiner Parteileitung an
- Sie/er kann ggf. dafür auch von der Gruppe finanzielle Hilfe bei den Fahrt- und Kurskosten erbitten

Auswahlkriterien

Die Gruppen und Kreise werden dementsprechend darauf achten müssen, dass solche Mitglieder gemeldet werden, die im Anschluss an den Grundkurs verantwortliche Aufgabenbereiche in den Gruppen und Kreisen übernehmen, wenn sie es bisher noch nicht getan hatten.

Unsere Gruppen- und Kreisvorstände sollen deshalb die Diskussion über die Nutzung der „KLS“ verbinden mit der längerfristigen Überlegung, wie und welche Mitglieder perspektivisch in Leitungsaufgaben hineinwachsen und welche zusätzlichen Kurse sie im Anschluss an den Besuch eines Grundkurses nutzen sollten.

Der Besuch eines Grundkurses wird damit der Beginn einer systematischeren Schulung und politischen Qualifizierung von nachrückenden Kadern, die unter Nutzung des vielleicht schon vorhandenen Vorwissens aus dem Jugendverband ihre theoretische Ausbildung an der Parteischule der DKP systema-

tisch fortsetzen.

KLS-Grundkurse „vor Ort“

Es bietet sich an, weitere Grundkurse mit gleichen Inhalten und Konzept (Reader, Zielsetzung als Kaderschulung, Zeitplanung, Befähigung zur aktiven Arbeit etc.) regional als „KLS vor Ort“ anzubieten. So sieht es der zitierte Parteitagbeschluss ja auch vor.

Es gibt dazu bereits eine Anfrage aus Süddeutschland (Fürth etc.). Außerdem wurde jetzt gerade ein erstes Zwei-Tages-Seminar im Bezirk Schleswig-Holstein durchgeführt. Auch dazu liegen erste Auswertungen vor. Sie ergeben folgendes Bild:

- Die Teilnehmerzahl betrug 14
- In einem Erfahrungsbericht für die UZ wird insgesamt eine hohe Teilnehmerzufriedenheit ausgedrückt

Deutlich wurden jedoch auch Unklarheiten und offene Fragen, die sich daraus ergaben, dass wir in der KLS-Leitung im Vorfeld noch nicht ausreichend über den Unterschied zwischen dem 4-Tage-Konzept in Leverkusen und einem zunächst auf zwei Tage angelegten ersten Kennenlernen von Grundlagen der Politik der DKP bei einem Angebot der „KLS vor Ort“ diskutiert haben. Daraus resultierte anfänglich eine gewisse konzeptionelle Unsicherheit, die zur Überforderung einiger Teilnehmer führte.

Auf jeden Fall steht aber fest, dass eine Fortsetzung für ein weiteres Wochenende stattfinden wird. Und eben erfahre ich, dass sogar ein drittes Wochenende mit denselben Teilnehmern geplant ist.

Für die „KLS vor Ort“ müssen wir nach dem noch nicht beendeten Start-Versuch in Schleswig-Holstein weitere konzeptionelle Schlussfolgerungen ziehen. Ich denke, dass aber eines schon klar ist:

Die Grundkurse vor Ort sind ebenso wie die Grundkurse in Leverkusen konzipiert als Einführungskurs und zugleich als Einstieg in eine weiterführende Kaderschulung. Sie haben die gleichen Lernziele, die gleiche Methodik/Didaktik und nutzen die gleichen Materialien wie die Grundkurse in Leverkusen.

Zur Qualitätssicherung müssen die Grundkurse vor Ort folgenden Kriterien genügen:

1. Die Grundkurse werden in Absprache mit der KLS Schulleitung angeboten

2. Es wird der Lehrplan und die Zeitplanung sowie die Materialien der KLS genutzt
3. Textgrundlage ist der zentrale KLS-Reader

4. Die Didaktik wird beachtet: aktive Tätigkeit der Teilnehmer selbst, Referate müssen dementsprechend quantitativ angepasst werden

5. Eine Teilnahme an allen Tagen ist verpflichtend

6. Da der Grundkurs Teil der Kaderschulung ist, werden in allererster Mitglieder der Partei und der SDAJ zugelassen. Enge Sympathisanten sind möglich nach Bestätigung durch Parteiorganisationen

7. Die Organisation erfolgt nach den Regeln der zentralen Planungshilfen, die für die Durchführung der „KLS vor Ort“ für die Bezirksvorstände/Regionen derzeit erstellt werden

Der Grundkurs vor Ort kann entweder als 4-Tageskurs analog zu den Grundkursen in Leverkusen an einem Termin oder gesplittet auf 2 Wochenenden angeboten werden. In letzterem Fall ist eine verpflichtende Teilnahme an beiden Wochenenden Voraussetzung für die Anmeldung. Die beiden Wochenenden sollten nicht allzu weit auseinanderliegen.

Der Reader ist entsprechend zu flexibilisieren, so dass die Teilnehmer zwischen den beiden Wochenenden sinnvolle Lese- und Arbeitsaufträge zuhause erledigen können.

Zur Umsetzung benötigen wir also folgende zwei neue Dokumente/Arbeitshilfen:

- Ein Leitfaden für die Bezirksvorstände zur Vorbereitung eines "Grundkurses der KLS" in der jeweiligen Region: Konzept, Zielsetzung, Inhalte, Checklisten, Zeitpläne, Teilnehmerauswahl, Möglichkeiten der Aufteilung in 2 Wochenenden usw.
- Ein Handbuch für Referenten (zur Vereinheitlichung der Kursdurchführung). Ein erster Vorentwurf liegt bereits vor

Information zu weiterführenden Kaderschulung:

Ein letztes Wort zu unserer Idee der Erprobung eines weiterführenden Kaderschulungssystems. Dazu liegen als Information – noch nicht als vom PV bereits endgültig zu bestätigende Beschlussvorlage - die von der KLS-Leitung erarbeiteten ersten Vorschläge für

2019 vor, die wir jetzt zunächst erproben wollen.

Dazu ein Zitat aus der 3. PV-Tagung (August 2018): „Die bewusster angestrebte Kaderschulung umfasst die Vermittlung eines soliden ‚Grundwissen Marxismus‘ sowie die Befähigung zur Leitungsarbeit, d.h. die Qualifizierung im Einzelressort sowie die allg. Qualifizierung – von PC Kenntnissen bis hin zu Rhetorik, Moderation etc. Die Zielgruppe sind zukünftige Kader, Kader mit Qualifizierungsbedarf, KandidatInnen zu Wahlen, GenossInnen in Bündnissen, etc. – vor allem aus unserer Hauptzielgruppe, der Arbeiterklasse.“

Auf der 3. PV-Tagung wurde beschlossen:

- „Weiterarbeit an der inhaltlichen Qualifizierung des neugestalteten Kurses „Grundwissen Marxismus-Leninismus“ der KLS und langfristige Absicherung der 2 Kurse pro Jahr.“
- „Für Absolventen der Grundkurse werden in der KLS Aufbauseminare angeboten“

Daraus formulierte Hauptziele:

- * Aufbau einer Kaderschulung an der Karl-Liebknecht-Schule
- Vermittlung von Grundlagen des Marxismus-Leninismus (Grundkurse)
- Erweiterung dieser Grundlagen in Aufbaukursen
- Durchführung von Kursen zur Qualifizierung und Befähigung zur Leitungsarbeit

Das Leitungsteam schlägt dem Parteivorstand folgendes zur Erprobung vor:

Grundgerüst der Kaderschulung an der KLS

Bildungslehrplan in drei Stufen:

1) Grundstufe 2) Aufbaustufe 3) Vertiefungsstufe; plus zusätzlicher Kurse zur Leitungsqualifizierung

Damit korrespondieren für den Seminarplan 2019 die folgenden angebotenen Kurse:

- 1) Grundkurs: „Einführung in den Marxismus-Leninismus“
- 2) Aufbaukurse zu verschiedenen Bestandteilen des Marxismus-Leninismus (Philosophie, Politische Ökonomie: Wissenschaftlicher Sozialismus)
- 3) spezifische Vertiefungskurse zu einzelnen

Themen oder Texten rund um den Marxismus-Leninismus

4) spezifische Kurse zur Leitungsqualifizierung (z.B. in Org-Politik oder Rhetorik usw.)

Dieses Jahr (2018) haben wir angefangen mit den Grundkursen. Nächstes Jahr kommen einige Aufbaukurse dazu, die Grundkurse laufen weiterhin. Und ab 2020 sollen dann auch Vertiefungskurse stattfinden, zusätzlich zu den Aufbaukursen und den Grundkursen.

Ziel:

- 4-tägige Grundkurse plus Lesekurse (Wochenenden)
- 7-Tages Aufbaukurse in den drei Bestandteilen des Marxismus (MarxPhil, PolÖk, WisSoz)
- Fortgeschrittenenkurse auf Niveau der ehemaligen Jahresschulen

Damit soll sukzessive das Niveau der teilnehmenden GenossInnen gesteigert werden und eine fortlaufende Kaderschulung ermöglicht werden.

Angebote Kurse zur Kaderschulung an der KLS 2019

Grundstufe 2019

4-tägiger Grundkurs „Einführung in den Marxismus-Leninismus“
30.05.-02.06.2019 und 03.-06.10.2019

Aufbaustufe

Aufbaukurs Marxistische Philosophie I: Historischer Materialismus (23./24.11.2019)
Aufbaukurs Politische Ökonomie (7-Tage) (13.-20.07.2019)
Lesekurs „Manifest der Kommunistischen Partei“ (09./10.03.2019)
Lesekurs „Lohnarbeit und Kapital“ (26./27.10. bzw. 09./10.11.2019)

Leistungsqualifizierung

Organisationspolitik: EU-Wahlen (02./03.02.2019)
Organisationspolitik: Theoretische Grundlagen (22./23.06.)
In politischen Aktionen selbstsicherer auftreten können (19./20.01.2019)
Zielführende Kommunikation und Mediation (02./03.03.2019)
Weitere noch zu terminierende Kurse zur Betriebsarbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit diesen Vorhaben und Vorschlägen, die Euch zur Entscheidung vorliegen, setzen wir

die Beschlüsse des 22. Parteitags- und den von der 3. PV-Tagung ebenfalls beschlossenen Arbeitsplan um.

Das sind wichtige und ehrgeizige Maßnahmen. Vor allem wenn wir bedenken, dass parallel die Renovierung und der Umbau des Gebäudes stattfinden wird.

Dazu brauchen wir die Kraft und den Einsatz der gesamten Organisation.

Es ist gut, dass wir einige neue und junge MitarbeiterInnen für diese bedeutsame Aufgabe gewinnen konnten. Diese Stamm müssen wir unbedingt stabilisieren und ausbauen. Das Potential dafür haben wir.

Es ist wichtig, dass dafür die zuständigen Arbeitsbereiche im Sekretariat auch weiterhin eng zusammenarbeiten.

Also gilt jetzt: „Packen wir es an!“

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

8./9. Dezember 2018, Essen

Beschlüsse

Arbeitsplanung Kommunales im Parteivorstand 2018/19

1.) Ausgangslage

Der Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung der Monopolbourgeoisie durch den Staat ist ein zentrales Feld des Klassenkampfes und eine spezifische Form der Ausplünderung der Arbeiterklasse und aller antimonopolistischen Volksschichten. Der Angriff vollzieht sich in den letzten drei Jahrzehnten in einer steigenden Intensität in Form einer Enteignung kommunalen Eigentums (= Privatisierung), die politisch vorbereitet und organisiert wird durch Steuerumverteilungen zugunsten der Monopolbourgeoisie, Abschieben von Aufgaben vom Bund in die Kommune ohne adäquate finanzielle Kompensierung im Zusammenspiel mit der direkten politischen Außerkraftsetzung der kommunalen Selbstverwaltung durch die sog. Schuldenbremse, die 2020 für die Kommunen in Kraft tritt.

Zentrale Ziele der Angriffe auf die kommunale Selbstverwaltung sind zum einen die Mobilisierung von Steueraufkommen (überwiegend von den Werktätigen aufgebracht) im Interesse der Monopolbourgeoisie (Bankenrettungsschirme, Subventionen, staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung etc.) sowie in zunehmenden Maße zusätzliche profitable Kapitalanlagensphären zu schaffen für die Finanzoligarchie.

Dieser Angriff richtet sich in zweifacher Weise direkt gegen die Interessen der Arbeiterklasse aber auch breiter Teile der antimonopolistischen Klassen und Schichten:

- Als Angriff auf die sozio-ökonomischen Lebensbedingungen der Klasse. Ausdruck dessen sind rasant steigende Mieten vor allem in Metropolen, spürbare Absenkung gesundheitlicher Dienstleistungen auf kommunaler Ebene oder auch eine zunehmende Reproduktion der Klassenverhältnisse im Bildungssystem.
- Als Angriff auf (die Reste) einer demokratischen Kommunalverwaltung. Aufgrund des finanziellen Ausblutens der Kommunen im Zusammenspiel mit der 2020 greifenden Schuldenbremse werden die Menschen in den Kommunen und auch die kommunalen Parlamente ihrer Selbstverwaltungsrechte beraubt. Durch das faktische Außerkraftsetzen des Budgetrechts erscheint die Notwendigkeit von Privatisierung – aktuell vor allem in der Form der Öffentlich-Privaten Partnerschaft – als „Sachzwang“, der seinem Wesen nach aber Ergebnis eines massiven Demokratieabbaus auf kommunaler Ebene ist.

Gegen diese Offensive der Monopolbourgeoisie auf kommunaler Ebene formiert sich auch zunehmender – dem Wesen nach antimonopolistischer – Widerstand, der sich äußert in Widerstand gegen Leistungsabbau der Kommunalen Daseinsvorsorge und die Enteignung öffentlichen Eigentums. Dabei ist zu beobachten, dass der Bewusstseinsstand breiter Bevölkerungsteile durch die Einsicht geprägt ist, dass Bereiche der Kommunalen Daseinsvorsorge unter demokratische Kontrolle gehören und nicht nach Kriterien der Profitmaximierung zu führen sind. In diesem Sinne verstehen breite Bevölkerungsteile diese Kämpfe gegen Privatisierung als demokratischen Abwehrkampf (was keineswegs mit einem Klassenbewusstsein identisch ist).

Der Einschätzung, dass die Kommune ein zentrales Feld des Klassenkampfes ist, werden die Beschlüsse des 22. Parteitags gerecht, in denen der Kampf der Partei in der Kommune als zweites Standbein neben dem Kampf im Betrieb für die Parteiarbeit bestätigt wurde.

Die Bedeutung dieses Standbeins der Parteiarbeit spiegelt sich auch darin wieder, dass eine Mehrheit der Grundorganisationen – anders als bei der betrieblichen Parteiarbeit – in irgendeiner Weise über rudimentäre Erfahrungen verfügt und ggf. in diesem Bereich sogar formierend eingegriffen hat vor Ort. Eine große Diskrepanz dazu stellt der Zustand des Bereichs Kommunales auf bundesweiter Ebene im Parteivorstand dar, der in den letzten Jahren als arbeitsfähige Struktur nicht existierte. Durch die

Personalplanung des letzten Parteivorstands, dem der 22. Parteitag auch gefolgt ist, wurden hier die Grundlagen gelegt für den Aufbau einer arbeitsfähigen Kommission durch die Absicherung einer Verantwortlichkeit im Parteisekretariat.

Das Ziel einer arbeitsfähigen Kommission Kommunales im Parteivorstand ist dabei wiederum der zentralen organisationspolitischen Zielstellung des 22. Parteitages verpflichtet, alle Maßnahmen der Parteistärkung darauf auszurichten, die Grundorganisationen in ihrer Tätigkeit zu stärken. Im Bereich Kommunales stellt der Parteitag dabei die spezifische Aufgabe an den Parteivorstand (und somit auch der Kommission), Gruppen und Bezirken in Kommunalwahlkämpfen zu beraten. Bei dieser allgemeinen und spezifischen Orientierung auf die Grundorganisationen geht es nicht um ein operatives Eingreifen in den Wahlkampf der Grundorganisationen, sondern um eine politisch beratende Rolle, die eine Hilfestellung sein soll für Grundorganisationen, in kommunale Kämpfe und Wahlkämpfe eingreifen zu können.

Gleichwohl Kommunalwahlkampf nur eine – nicht die einzige – Form des Agierens von Kommunistinnen und Kommunisten vor Ort ist, muss die Arbeitsplanung der besonderen Situation Rechnung tragen, dass einerseits aufgrund des Inkrafttretens der Schuldenbremse ab 2020 bei gleichzeitigem Investitionsstau auf kommunaler Ebene mit einer Offensive von ÖPP-Projekten zu rechnen ist (siehe Gesetzesänderung zur Privatisierung von Schulen); gleichzeitig stehen 2019 und 2020 in zehn von 16 Bundesländern Kommunalwahlen an. Ziel der Arbeitsplanung muss deswegen sein, für diese Kommunalwahlkämpfe verwertbare Hilfestellungen zur Verfügung zu stellen.

Die Arbeitsplanung konzentriert sich auf die ersten Schritte, die vor allem bis Mitte 2019 zu gehen sind. Eine weitergehende Planung ist aufgrund einer nicht vorhandenen Kommission – und somit nicht einschätzbaren Arbeitsleistung – im Augenblick nicht zielführend. Die Aufgabenstellung einer zukünftigen Kommission, die Arbeitsplanung weiter zu vertiefen, ist im Zeitplan berücksichtigt.

2.) Zielstellung & Maßnahmen

Wie in der Ausgangslage beschrieben ist die zentrale Zielstellung, die Grundorganisationen in ihrem kommunalpolitischen Eingreifen zu stärken. Das setzt die Organisation einer arbeitsfähigen Kommission voraus. Dementsprechend ergeben sich folgende Ziele und Maßnahmen:

a) Aufbau/Gründung einer Kommission Kommunales

- Der Verantwortliche verschafft sich einen Überblick in der Partei, über welche personellen Ressourcen die Partei im Bereich Kommunales verfügt. Als ein Instrument kommt dabei eine Umfrage zum Einsatz zur kommunalpolitischen Arbeit der Grundorganisationen. Diese Umfrage dient neben der Kontaktaufnahme gleichzeitig dazu, Planungen einer zukünftigen Kommission abzugleichen mit dem IST-Zustand in den Grundorganisationen.
- Ausrichtung eines Aktiventreffens im ersten Quartal 2019 auf Grundlage der beschlossenen Arbeitsplanung im PV und der im PV diskutierten Einschätzung zur Einordnung aktueller kommunaler Klassenkämpfe und deren Einordnung für die Strategie und Taktik der Partei. Ergebnis des Aktiventreffens ist die Aufforderung an den PV auf seiner Sitzung im ersten oder zweiten Quartal 2019 eine Kommission Kommunales zu konstituieren.

b) Entwicklung kommunalpolitischer Grundsatzpositionen

Auf Grundlage der Beschlüsse des 22. (und vorheriger) Parteitagsbeschlüsse erarbeitet der Verantwortliche bzw. die Kommission Grundsatzpositionen zur Kommunalpolitik und zum Herangehen der Partei an kommunale Kämpfe. Instrumente, die dabei zur Anwendung kommen, sind:

* Ein PV-Grundsatzreferat zur Einordnung von Klassenkämpfen auf kommunaler Ebene in der momentanen Etappe sowie Schlussfolgerungen für die Parteiarbeit. Die zentralen Einschätzungen des Referats bilden die Grundlage für weitere Diskussionen auf Aktiventreffen und Beratungen zur Kommunalpolitik auf Bezirks- ggf. auch Kreis- und Gruppenebene durch den Verantwortlichen für Kommunalpolitik und Mitglieder der Kommission Kommunales.

* Ausrichtung eines kommunalpolitischen Ratschlags zum Thema „Kommunales Eigentum verteidigen!“ (Arbeitstitel) im zweiten Quartal 2019. Ziel ist die zentrale Bedeutung des Kampfes gegen Privatisierungen (in ihren verschiedensten Formen) unter den aktuellen Bedingungen zu erfassen und den

Grundorganisationen somit einen Gesamtüberblick über zentrale Angriffe auf kommunaler Ebene in die Hand zu geben. Die Ergebnisse des Ratschlags werden in einem Reader zusammengefasst. Eine genauere Konzeption wird dem Parteivorstand separat vorgelegt.

c) Erfahrungs- und Wissensaustausch über aktuellen Entwicklungen

* Ausrichtung von Aktiventreffen zu inhaltlichen Teilgebieten auf kommunaler Ebene. Hierzu zählen u. a. Mieten- und Wohnungspolitik, Gesundheitsversorgung und Bildung. Aufgrund der geplanten Welle an Schulprivatisierungen im Zuge der Gesetzesänderung hat dieses Thema zeitliche Priorität – auch weil es ein geeignetes Thema ist, um den thematischen Schulterschluss zur SDAJ auf kommunaler Ebene zu suchen.

* Ausrichtung einer Beratung im Osten im ersten Quartal 2019 zum Thema Kommunalwahlkampf im Rahmen einer Ostberatung. Da 2019 in allen Bundesländern auf dem Gebiet der DDR außer Berlin Kommunalwahlen stattfinden.

* Aufbau eines Newsletter „Die rote Kommune“ (Arbeitstitel). Ab 2019 etabliert die Kommission einen digitalen Newsletter, der vier Mal im Jahr erscheint. Ziel des Newsletters ist es, parteiintern über Aktivitäten von Grundgliederungen auf kommunaler Ebene zu informieren. Erste Aufgabe ist dabei, Artikel, Aufrufe, Initiativen oder auch ggf. Arbeitspläne von Parteigruppen zu dokumentieren. Ergänzt werden die Beiträge durch Interviews/Reportagen mit Genossen aus den Bereichen der Kommunalpolitik, die ihr Agieren vor darstellen. Durch das Instrument kann gleichzeitig ein Netzwerk aufgebaut werden, Wissen in den Grundgliederungen verwertbar zu machen für andere Grundorganisationen.

* Veröffentlichung von Artikeln zu kommunalpolitischen aktuellen Entwicklungen oder Parteiarbeit in der UZ. Die Kommission arbeitet in Absprache mit der ZU-Redaktion der UZ für eine aktuelle Berichterstattung zu.

3.) Zeitplan

Juli – Oktober 2018: Umfrage Kommunales in den Bezirken & Grundorganisationen
PV-Sitzung, 8./9. Dezember 2018: Grundsatzreferat & Arbeitsplan

Q1/2019: 1. Aktiventreffen (grundsätzliche Verständigung, Erfahrungsaustausch, Verständigung Arbeitsplan PV, Beschluss zur Aufforderung des PV, eine Kommission Kommunales zu konstituieren mit Personalvorschlag)

Q1 – Q2 2019, PV-Sitzung: Bericht Aktiventreffen, Konstituierung Kommission Kommunales, Konzeption Ratschlag „Kommunales Eigentum verteidigen!“

Q2 2019:

- Ratschlag „Kommunales Eigentum verteidigen!“
- Herausgabe Newsletter „Rote Kommune“ 1-2019
- Kommissions-/Aktiventreffen (Schwerpunkt: Kommunalwahlpolitik)

Q3 2019:

- Herausgabe Broschüre „Kommunales Eigentum verteidigen“
- Herausgabe Newsletter „Rote Kommune“ 2-2019
- Kommissions-/Aktiventreffen (Schwerpunkt: Schulprivatisierung, Weitere Jahresplanung 2019/2020)

(einstimmig angenommen)

Programm der DKP zur EU-Wahl 2019

**Gegen das EU-Europa der Banken, Konzerne und Kriegstreiber.
Für ein soziales und friedliches Europa der Völker.**

Im EU-Wahljahr 2019 feiert sich die EU als Garant des Friedens, einer sozialen und lebenswerten Zukunft. Das hat mit der Realität der meisten Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und den anderen EU-Ländern nichts zu tun: Billiglöhne, Armutsrenten, unbezahlbare Mieten und Gesundheitskosten prägen immer mehr den Alltag. Millionen leben von der Hand in den Mund. Während eine superreiche Finanzelite, die Eigentümer der Banken- und Konzerne sowie Großaktionäre mit Hilfe der EU Milliardengelder in die Absicherung ihrer Profite stecken, wird die Zukunftsperspektive der Arbeiter, Angestellten, Rentner und der Jugend düster. Die Politik der EU steht für Sozialkürzungspolitik per Schuldenbremse, Privatisierung öffentlichen Eigentums, finanzielle Erdrosselung der Kommunen. Mit Sanktionen gegen Syrien und Aufrüstung gegen Russland steht sie fest an der Seite von NATO und USA.

Die DKP sagt Nein zur EU!

Die DKP kandidiert am 26. Mai 2019 zu den Europawahlen, um den Widerstand gegen Krieg, Sozial- und Demokratieabbau in diesem Land zu stärken und dem Widerstand gegen die EU eine fortschrittliche Stimme zu geben.

Die EU steht für Krieg!

Die EU ist auf das Engste mit dem Kriegsbündnis NATO verbunden. Die Kriegsgefahr geht heute von der Aggression der NATO und der EU gegen die Russische Föderation und die VR China aus. Die EU hat mit ihrer Politik, die Ukraine per Assoziierungsabkommens in den westlichen Einflussbereich zu bringen erheblich zu dieser Zuspitzung beigetragen und ist gemeinsam mit den US-Regierungen verantwortlich für den rechten Putsch und den Krieg in der Ukraine. Mit dem Militärbündnis PESCO wird innerhalb der EU die Aufrüstung vorangetrieben. Die wichtigsten Rüstungsbetriebe Frankreichs und Deutschlands entwickeln gemeinsam völlig neuartige Tötungssysteme, dies wird Kosten von mehreren hundert Milliarden Euro verursachen. Die USA drohen mit der Produktion von neuen atomaren Mittelstreckenraketen. Deutsche Militärstrategen diskutieren darüber „nukleare Abschreckung“ in Europa selbst zu organisieren. Europa als Kriegsschauplatz mit atomaren Waffen – Diese Gefahr für die Menschen in Europa ist heute real.

Die DKP sagt: Deutschland raus aus der NATO! US-Atomwaffen raus aus Deutschland! PESCO abschaffen! Frieden mit Russland!

Die EU steht für Hochrüstung!

NATO, EU und Deutschland rüsten auf. Mit dem Feindbild Russland im Visier haben sich die NATO-Staaten verpflichtet bis 2024 ihre Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen. Für Deutschland bedeutet das einer Verdoppelung des Rüstungsetats auf ca. 80 Milliarden Euro. Auch die EU hat ihre Mitglieder bereits 2007 im Lissabon-Vertrag zur Aufrüstung verpflichtet. Dieses Geld fehlt für Gesundheit, Bildung und Soziales.

Gleichzeitig drängen die führenden EU-Länder Deutschland und Frankreich auf die Bildung einer EU-Armee. Damit verbunden wäre nicht zuletzt die Aushebelung der nationalen Parlamente bei der Zustimmung zu Auslandseinsätzen. Deutsche Soldaten sind bereits heute im Rahmen verschiedener Militärmissionen weltweit im Kriegseinsatz. Der EU-Kriegseinsatz in Mali wird zum zweiten Afghanistan.

Die DKP sagt: Abrüsten statt Aufrüsten! Weg mit dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO! Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr! Kein Aufbau einer EU-Armee!

Die EU steht für Flucht!

Die Kriegspolitik von NATO und EU, die Wirtschafts- und sogenannte Freihandelspolitik der EU und die Zerstörung der Umwelt durch den Raubbau an Ressourcen sind Fluchtursachen. Die EU zerstört Lebensbedingungen in Afrika und dem Nahen Osten, aber auch in der eigenen Peripherie. Mit schmutzigen Deals und sogenannten Rücknahmeabkommen, Auffanglagern und der militärischen Grenzschutzagentur Frontex schottet sie sich vor den selbst verursachten „Hungerleidern“ ab. Tausende Flüchtlinge ertrinken im Mittelmeer. Sie sind in der EU nicht „verwertbar“.

Die DKP sagt: Fluchtverursacher bekämpfen, nicht Geflüchtete! Frontex abschaffen!

Die EU steht für Ausbeutung!

Wenn die EU von Freiheit spricht ist stets die Freiheit der Banken und Konzerne gemeint. Kapitalverkehrsfreiheit, Freihandelsabkommen und die „Freiheit des Personenverkehrs“ in der EU bedeuten Ausbeutung pur. Fachkräfte und gut ausgebildete Arbeitskräfte vor allem aus Afrika und dem Nahen Osten, aber auch gering Qualifizierte zum Beispiel aus ärmeren Ländern der EU-Peripherie sind durchaus willkommen. Die Migrationspolitik zeigt das wahre Gesicht von Merkels „Willkommenskultur“ und entlarvt die Heuchelei in der Flüchtlingsdebatte.

Arbeitskräfte aus dem Ausland werden zum Beispiel im Gesundheitswesen zu Niedriglöhnen und zu miesen Arbeitsbedingungen angeworben. Diese neokoloniale Politik blutet die Herkunftsländer aus, weil dort die Fachkräfte abgezogen werden. Gleichzeitig erhöht sie den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen in diesem Land. Flüchtlinge und Migranten werden als Druckmittel gegen die einheimischen Beschäftigten instrumentalisiert. Rassismus und das Erstarken rechter Bewegungen sind dabei kein Kollateralschaden, sondern werden bewusst gefördert um von den Verursachern der Misere abzulenken.

Die DKP sagt: Solidarität statt Ausgrenzung. Gesetzliche Mindestlöhne ohne Ausnahmen!

Die EU steht für Armut!

Mit den Hartz-Gesetzen wurde das reiche Deutschland zum Niedriglohnland gemacht. Dadurch können EU und Euro genutzt werden, um schwächere EU-Staaten hemmungslos auszuplündern. Den hochverschuldeten Ländern wurde unter Einschränkung ihrer nationalen Souveränität - insbesondere auf deutschen Druck - ein rigider Spar- und Verarmungskurs aufgezwungen. Massenhafter Stellenabbau im öffentlichen Dienst, rigorose Kürzung von Renten, Löhnen und Sozialleistungen und die Privatisierung staatlicher Betriebe führte zu einer gigantischen Entlassungs- und Armutswelle. Gewinner sind die Kapitalisten, die Banken und Konzerne in den betroffenen Ländern, aber vor allem in den starken Ökonomien Deutschland und Frankreich.

Die DKP sagt: Schuldenschnitt statt Schuldenbremsen! Die Banken und Konzerne müssen zahlen!

Die EU steht für Privatisierung!

Die EU hat die Versorgung der Menschen mit lebenswichtigen Gütern dem Zwang zum Profitmachen unterworfen. Das Gesundheits- und Bildungswesen, das Wohnen, die Wasserversorgung, der Personennahverkehr – alles wird dem Profitprinzip untergeordnet. Das führt im Zusammenhang mit der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und der sogenannten Schuldenbremse zu einem steigenden Privatisierungsdruck vor allem auf die Kommunen. Öffentliches Eigentum wird massenhaft enteignet. Die Folgen sind steigende Kosten, sinkende Lebensqualität und Lohnabbau.

Die DKP sagt: Stoppt Privatisierungen. Für die Vergesellschaftung von Banken und Konzernen!

Die EU steht für Demokratieabbau!

Die Brüsseler Behörden werden von den ökonomisch stärksten Ländern der EU, Deutschland und Frankreich dominiert. Die Politik wird von den großen Banken und Konzerne bestimmt. Die Rechte nationaler Parlamente sind ausgehebelt und die nationale Souveränität der Mitgliedsländer wird immer weiter eingeschränkt. Länder, die sich dem Spardwang der EU und ihren Regeln widersetzen, werden sanktioniert und mit Strafverfahren erpresst - wie jüngst Italien.

Arbeiter- und demokratische Grundrechte werden abgebaut. Das Demonstrations-, Versammlungs- und Streikrecht wird europaweit demontiert. Der repressive Sicherheitsstaat mit immer neuen Polizeigesetzen, Befugnisse für Geheimdienste und Überwachung werden ausgebaut. Diese umfassende Rechtsentwicklung dient der Sicherung der Macht der Monopole.

Die DKP sagt: Hände weg vom Grundgesetz! Weg mit Überwachung und Polizeigesetzen!

Die EU ist nicht reformierbar!

Die EU war – darüber können auch verbale Trostpflaster wie die EU-Sozialcharta nicht hinwegtäuschen - zu keiner Zeit ein Projekt des Friedens und des sozialen Zusammenhalts. Die „Europäische Einigung“ war von Beginn an ein zutiefst reaktionäres Projekt als Bollwerk gegen den Sozialismus. Im Gegensatz auch zu manchem Politiker der Partei Die Linke halten die KommunistInnen die EU nicht für reformierbar. Sie muss überwunden werden. Ein Schritt dahin wäre der Austritt aus der EU. Dass das kein Hirngespinnst ist zeigt die Volksabstimmung in Großbritannien auch wenn der Wille der Bevölkerung mit dem Brexit-Deal Theresa Mays zunächst ad absurdum geführt werden soll.

Nicht nur in Großbritannien gibt es eine starke Bewegung gegen die Macht der Banken und Konzerne. Wir erleben Massenproteste zum Beispiel in Griechenland und die Formierung neuer Bewegungen unter anderem in Frankreich und Spanien. Wir sind solidarisch mit gewerkschaftlichen und sozialen Kämpfen in Europa und insbesondere mit dem Kampf der Kommunistischen Parteien in Europa.

Die DKP steht für Solidarität und Internationalismus, für die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg!

Die EU ist ein Instrument des deutschen Imperialismus!

Eine Hauptaufgabe sehen wir für uns als deutsche KommunistInnen darin, den Widerstand in diesem Land zu verstärken. Spätestens seit dem NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 unter deutscher Beteiligung ist die EU vor allem ein Instrument des wiedererstarkten und dominanten deutschen Imperialismus zur Sicherung und Durchsetzung seiner Interessen. Deshalb ist der Widerstand gegen die Macht des deutschen Monopolkapitals im Interesse aller Werktätigen in Europa. Erfolge antimonopolistischen Widerstands in diesem Land schränken den Spielraum des deutschen Imperialismus bei der Ausplünderung ihrer Länder ein.

Mit unserem „Sofortprogramm für Frieden, Arbeit, Solidarität“ wollen wir einen Beitrag leisten, den Widerstand in unserem Land zu stärken. Wir rufen dazu auf, gemeinsam gegen die Verursacher von Krieg, Flucht und Armut aktiv zu werden.

Die DKP sagt: Kapitalismus abschaffen! Für den Sozialismus kämpfen!

Wir wissen aber auch, dass Krieg, Flucht und Armut dauerhaft nur mit der Überwindung des Kapitalismus zu beseitigen sind. Das Profitprinzip produziert Krisen, Kriege, Flucht und Armut. Deshalb sagen wir, eine andere Gesellschaft, der Sozialismus ist notwendig. Darüber wollen wir diskutieren und streiten. Vor allem mit all denen, die heute mit uns für mehr Gerechtigkeit, gegen Krieg, Hochrüstung, Rechtsentwicklung und Demokratieabbau kämpfen.

Am 26. Mai 2019: DKP wählen! Aktiv werden, für unsere Interessen kämpfen!

Im Folgenden dokumentieren wir unsere Sofortforderungen. Sie sind umsetzbar und finanzierbar ohne, dass bereits der Kapitalismus beseitigt ist. Sie richten sich vielfach, an die deutsche Bundesregierung. Deutschland, deutsche Banken und Konzerne, die Bundesregierung dominieren die EU. Die deutsche „Exportwalze“ presst andere Länder in- und außerhalb der EU aus. Wenn wir solche Forderungen durchsetzen, erschweren wir diesen Kurs. Damit nützen wir uns, den Völkern der EU, den Völkern der Welt.

Für Frieden, Arbeit, Solidarität! - Sofortforderungen der DKP

1. Ende der Kriege und Auslandseinsätze der Bundeswehr, Verringerung des Rüstungsetats, Verbot von Rüstungsexporten

- der offiziell ausgewiesene Rüstungsetat wird ab 2020 um 20 Prozent gekürzt
- der Ausbau der Bundeswehr und die Hochrüstungspläne der Kriegsministerin Ursula von der Leyen werden sofort gestoppt
- alle Kriege, an denen die Bundesrepublik beteiligt ist (Afghanistan, Syrien, Mali) werden sofort beendet, alle Auslandseinsätze der Bundeswehr werden gestoppt
- der Export von Waffen und Rüstungsgütern aller Art wird untersagt. Das gilt auch für den Export in NATO-Staaten oder so genannte befreundete Länder
- Keine weitere Beteiligung an NATO-Manövern, sofortiger Rückzug aus den militärischen Strukturen der NATO – Frieden mit Russland

2. Erhöhung der Spitzensteuer für höchste Einkommen von Personen und Unternehmen – Wiedereinführung der Vermögens- und Erbschaftssteuer

- der Spitzensteuersatz auf Einkommen wird von 42 Prozent wieder auf 53 Prozent (wie in den 90er Jahren) erhöht
- die Besteuerung der Unternehmensgewinne muss von heute unter 30 Prozent um mindestens 10 Punkte erhöht werden. (Noch 1998 lag der Satz bei 56,6 Prozent)
- Einführung einer „Millionärssteuer“ für Vermögen über 1 Millionen Euro mit einem Satz von mindestens 2 Prozent jährlich
- Wirksame Bekämpfung der Steuerflucht, Besteuerung von Plattformfirmen (Google etc.)

3. Öffentliche Investitionen in den Wohnungsbau, Schulen, Bildungseinrichtungen, Jugendzentren und Krankenhäuser

- ein Programm zum Bau von einer Million Sozialwohnungen durch Gemeinden und Genossenschaften in den nächsten fünf Jahren – mit einer Mietpreisbindung
- zur Linderung der Wohnungsnot werden die Gemeinden ermächtigt, über leerstehenden Wohnraum zu verfügen
- Programme zum Bau und zur Sanierung von Schulen, Kindertagesstätten und Jugendzentren
- Erhöhung der Grundfinanzierung der Universitäten und Hochschulen statt Excelenzförderung
- ein Ausbauprogramm für Krankenhäuser und Hochschulen
- ein Ende des Sanierungsstaus im Nah- und Fernverkehr
- Verbot weiterer Privatisierung von kommunalen Betrieben

4. Die Schaffung von 300.000 Arbeitsplätzen

- durch die Investitionsprogramme für Wohnungen, Bildungseinrichtungen und Verkehr werden dauerhaft etwa 100.000 Arbeitsplätze im Bau und in baunahem Gewerbe geschaffen
- wir fordern in einem ersten Schritt 100.000 Stellen zusätzliche Stellen in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens. Auf mittlere Sicht müssen weitere 100.000 Stellen im Gesundheitswesen geschaffen werden.
- Abschaffung von Privatschulen und Schulgeld bei der Ausbildung im Gesundheitswesen. Bezahlte duale Ausbildung
- der Ausbau der Bildungseinrichtungen erfordert ebenfalls sofort 100.000 zusätzliche Stellen im Bildungswesen (Hochschulen, Schulen, Kindergärten, Kitas und Jugendzentren).

5. Verbesserung staatlicher sozialer Leistungen und des Mindestlohns

- solange der Skandal des Hartz-Systems nicht beseitigt ist, müssen Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld und alle ähnlichen Leistungen erheblich erhöht werden
- das Kindergeld soll um 50 Euro pro Kind für untere und mittlere Einkommen erhöht werden – nicht jedoch die Steuerfreibeträge
- die seit Jahrzehnten betriebene Politik der Rentenkürzung muss sofort beendet werden. Die Niedrigrenten müssen sofort spürbar angehoben werden – wenn nötig aus dem Bundeshaushalt
- der gesetzliche Mindestlohn muss auf 15 Euro erhöht werden. Alle Ausnahmen dazu werden abgeschafft

Geld ist genug da!

Es fließt in die Rüstung und die Taschen der Reichen und Superreichen.

* 2019 soll der Rüstungshaushalt offiziell auf 42,9 Milliarden Euro erhöht werden. Kriegsministerin Ursula von der Leyen will in den kommenden 13 Jahren zusätzlich 130 Milliarden Euro für die Modernisierung der Bundeswehr ausgeben.

* In Deutschland leben 1,36 Millionen Millionäre. Sie werden täglich reicher. Sie besitzen ein Vermögen von geschätzt 4,6 Billionen Euro (manager magazin 19.6.2018) Dieses Vermögen muss umverteilt werden.

Mit der Kürzung der Rüstungsausgaben, mit der Einführung einer Millionärssteuer ist das „Sofortprogramm der DKP für Arbeit, Frieden, Solidarität“ zu finanzieren.

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben!
Gemeinsam kämpfen gegen die Verursacher von Krieg, Flucht und Armut!
Für die Menschen in Europa – gegen die EU

Am 26. Mai 2019: DKP wählen!

(einstimmig angenommen)

Fahrplan für den EU-Wahlkampf 2019

1. Allgemein

Die DKP kandidiert mit einer Bundesliste mit 37 Kandidatinnen und Kandidaten zur EU-Wahl am 26. Mai 2019. Mit Ausnahme der Bezirke Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben alle Bezirke und Landesorganisationen KandidatInnen aufgestellt. Die Liste ist bis zum 24. Platz quotiert.

Eine Stärke der Liste sind Aktive aus Betrieben und Gewerkschaften, aber auch unsere Kommunalpolitiker sind gut vertreten. Nicht zufriedenstellend ist die Präsenz von KandidatInnen mit Ostbiographie, es handelt sich erneut um eine „West-Liste“. Dieses Manko wollen wir versuchen im Wahlkampf durch die Unterstützung der Kandidaturen in Ostdeutschland auszugleichen. In den zentralen Materialien werben wir vor allem mit den ersten zehn KandidatInnen auf der Liste bzw. mit KandidatInnen gemäß ihrer politischen Schwerpunkte (z.B. Gesundheit, Kommunalpolitik, Jugend).

Die inhaltliche Ausrichtung ist auf der 3. PV-Tagung im August 2018 beraten und diskutiert worden. Im Ergebnis liegt der 5. PV-Tagung der Entwurf des Wahlprogramms vor. Entlang der darin entwickelten Linie werden weitere Öffentlichkeitsmaterialien zu verschiedenen Aspekten erarbeitet, zum Beispiel zur Gesundheitspolitik und zur Privatisierung. Aufgezeigt werden sollen insbesondere die Auswirkungen der EU auf die Lebensbedingungen in diesem Land. Bestandteil der Printmaterialien ist, wenn möglich, die Unterschriftenliste „abrüsten statt aufrüsten“.

Wichtige Daten im Wahlkampf, die wir zentral mit DKP-Infos (Flugblättern) unterstützen sind der Internationale Frauentag am 8. März, die Ostermärsche, der 1. Mai, der Tage der Befreiung am 8. Mai und der Tage der Pflege am 12. Mai.

Zur Vorbereitung des Wahlkampfes in den Grundorganisationen hat die Bildungskommission die Bildungszeitung „Kommunisten und die EU der Banken und Monopole“ erarbeitet.

2. Der EU-Wahlkampf wird in drei Phasen unterteilt:

Sammlung der Unterstützungsunterschriften – Januar/Februar

Am 4. März 2019 müssen 4000 beglaubigte Unterschriften für die Wahlzulassung beim Bundeswahlleiter vorliegen. Wir haben beschlossen 6000 Unterschriften zu sammeln. Sie sollen beglaubigt bis zum 22. Februar 2019 beim Parteivorstand in Essen vorliegen. Die Sammlung wird durch einen Leitfaden unterstützt. Jedes Mitglied sollte mindestens zwei Unterschriften sammeln.

Zielzahlen bundesweit:

2.500 beglaubigte Unterschriften bis zum LL-Wochenende 12./13. Januar 2019

1.000 Unterschriften am Wochenende

4.000 beglaubigte Unterschriften bis zur 6. PV-Tagung, 26./27. Januar 2019

Warmlaufphase - Februar/März

Mit dem Luxemburg-Liebkecht-Wochenende starten wir mit den ersten Materialien – darunter das EU-Wahlprogramm - in den Wahlkampf. In dieser Phase bereiten sich die Gliederungen mit der Bildungszeitung und dem Erstellen von Plänen auf den heißen Wahlkampf vor. Auf Aktionen und Demonstrationen und in unserem Umfeld verbreiten wir das Wahlprogramm.

Heißer Wahlkampf - April/Mai

Im heißen Wahlkampf gehen die Grundorganisationen auf die Straße, organisieren Wahlkampfveranstaltungen und Aktionen. Am 8./9. Mai organisieren wir dezentrale Aktionen zum Tag der Befreiung und zum Tag des Sieges.

Zentrale Mittel im heißen Wahlkampf sind unter anderem unsere Plakate und Infostände. Die Plakate dürfen ab dem 13. April 2019 aufgehängt werden (am 1. Juni müssen sie wieder eingesammelt sein).

3. Aufgaben der Gliederungen

Wir nutzen den Wahlkampf auch, um insbesondere die Bezirks- und Gruppenstrukturen zu stärken, neue Sympathisanten und Mitglieder zu gewinnen und unsere Zeitung, die UZ, bekannter zu machen. Die Gliederungen haben im Wahlkampf folgende Aufgaben:

In den Gruppen

- Benennen von Verantwortlichen für den Wahlkampf
- Arbeit mit der Bildungszeitung
- Unterschriftensammlung
- gezieltes Ansprechen von Sympathisanten und Bündnispartnern für Unterschriften, aber auch als Wahlhelfer
- Diskussion über das Gewinnen von UZ-Probe-LeserInnen und AbonentInnen, angefangen in der Mitgliedschaft
- Infostände und das Hängen von Wahlplakaten
- Aktionstag am 8./9. Mai
- eine öffentliche Wahlkampfveranstaltung
- eine Verteilaktion vor einem Betrieb

In den Bezirken und Landesorganisationen

- Benennen von Verantwortlichen für den Wahlkampf
- Diskussion mit KandidatInnen über Möglichkeiten ihres Eingreifens in den Wahlkampf
- Diskussion, in welchen Städten ohne DKP-Gliederung Plakate gehängt und Infostände gemacht werden
- einen landesweiten Aktionstag

Bundesweit

- Erstellen eines Leitfadens zum Aktionstag am 8./9. Mai
- Rundreise „70 Jahre DDR-Gründung“ in Ostdeutschland mit Blick auf eine zentrale Konferenz
- Konferenz zum 50. Geburtstag der UZ (April/Mai)
- Festival der Jugend
- ggf. Soliprojekt „Fluchtursachen bekämpfen“

In der Auswertung bilanzieren die Gruppen, Kreise und Bezirke, welche Aktivitäten sie wo und mit welchem Erfolg durchgeführt haben und halten abrechenbare Ergebnisse fest (Unterschriften, UZ-AbonentInnen, Gewinnung von Sympathisanten, neue Mitglieder).

4. Öffentlichkeitsarbeit

1. Materialien

In der UZ werden unsere KandidatInnen regelmäßig mit Bild und kurzem Statements oder Interviews vorgestellt. Während des Wahlkampfes berichtet die UZ über aktuelle Entwicklungen in der EU, DKP-Aktivitäten und Positionen und Aktivitäten unserer Schwesterorganisationen im Wahlkampf. Zu den Ostermärschen erscheint eine UZ-Extra, die während des gesamten Wahlkampfs genutzt wird.

Zusätzlich werden erstellt:

- Wahlprogramm als Broschüre (LL-Wochenende)
- UZ-Extra (Ostermärsche)
- DKP-Infos/A4-Flugblätter zu einzelnen Themen
- Material zur Gesundheitspolitik zum 8. März und dem Tag der Pflege (12. Mai)
- 3 - 5 Plakatmotive A1 (Hohlkammerplakate/Papierplakate) (Februar)
- entsprechende Aufkleber (Februar)
- Transparente für den 1. Mai

Die Losungen für Plakate und weitere Materialien sind noch nicht gefunden und müssen vor allem für die Plakatreihe noch ausgefeilt werden. Die Idee ist es, Gegensatzpaare zu bilden:

- * Die EU steht für (=) Krieg / Wir sagen: Raus aus der NATO – Frieden mit Russland
- * Die EU steht für Militarisierung / Wir sagen: Abrüsten statt aufrüsten – Nein zur EU-Armee!
- * Die EU steht für Flucht / Wir sagen: Fluchtverursacher bekämpfen – Rüstungsexporte stoppen!
- * Die EU steht für Ausbeutung / Wir sagen: Solidarität statt Konkurrenz – Banken und Konzerne ver-gesellschaften!
- * Die EU steht für Krise / Unsere Krisenberater: Marx, Engels, Lenin!
- * Fehlt Gesundheit

Als Variante, die sich am Dreiklang „Frieden, Arbeit, Demokratie“ orientiert, gibt es folgenden Vor-schlag: Frieden mit Russland statt EU-Aggressionen! * Arbeit mit Zukunft statt EU-Billiglöhne! * De-mokratie statt EU-Bankenrettung!

Der Abbinder der Bundestagswahlen 2017 „Wählt Kommunisten!“ wird beibehalten.

c) Medien

Für den EU-Wahlkampf werden eine Homepage, ein Facebook-Auftritt sowie ein Wahlwerbespot er-stellt. Die Wahlkampfleitung beantwortet Wahlprüfsteine und bildet eine Redaktion für den Wahl-O-Mat.

Die KandidatInnen bekommen DKP-Mailadressen (Vorname.Name@dkp.de). Wir unterstützen sie bei dem Erstellen von Fotos und Videostatements (LL-Wochenende), bei der Einrichtung von abge-ordnetenwatch und ggf. weiteren Kandidatenumfragen. Wir prüfen die Durchführung eines ein Semi-nars für KandidatInnen zu „Rhetorik & Öffentlichem Auftreten“.

Im heißen Wahlkampf erscheint wöchentlich eine Pressemitteilung. Unmittelbar vor der EU-Wahl werden in der jW über einen Zeitraum von drei Wochen vier bis fünf Wahlanzeigen geschaltet. Den Auftakt bildet die jW-Beilage zum 1. Mai. Die Möglichkeit von Wahlanzeigen im ND wird geprüft.

Unabhängig von der Anzeigenschaltung in Medien außerhalb der Partei werden den Gliederungen Wahlanzeigen für Kleinzeitungen ab dem LLL-Wochenende zur Verfügung gestellt.

5. Finanzen

Der 6. PV-Tagung wird eine Finanzplanung für den EU-Wahlkampf vorgelegt.

6. Wahlkampfleitung

Die Verantwortung für die Umsetzung der Konzeption, die Erarbeitung eines konkreten Fahrplans und die Anleitung und Kontrolle der Bezirke, Kreise und Gruppen liegt in Händen der Wahlkampfleitung. Sie ist ebenso Bindeglied zu den Redaktionen von UZ und news.dkp sowie dem UZ-Shop (Versand der Wahlkampfmaterialien). In der Wahlkampfleitung arbeiten Patrik K, Wera R, Klaus L, Christoph H, Anne R und zur Unterstützung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit Lea L.

(einstimmig angenommen)

Auswertung der DKP Aktivitäten zur Kampagne der Friedensbewegung „Abrüsten statt Aufrüsten!“

1. Ausgangslage

Der 22. Parteitag der DKP hatte im März 2018 eine Beteiligung an der Kampagne „abrüsten statt aufrüsten“ beschlossen, die der Parteivorstand auf seiner 1. Sitzung in Beschlussform konkretisierte. Mit Ende des Zeitraums der beschlossenen Aktivitäten steht nun eine Auswertung an.

Der Bundestag hat am 23.11.2018 den Bundeshaushalt für das Jahr 2019 beschlossen. Dieser sieht eine Steigerung des „Verteidigungshaushaltes“ um 4,71 Milliarden Euro gegenüber dem Jahr 2018 auf insgesamt 43,23 Milliarden Euro vor. Damit ist die große Koalition, aber auch die sie in dieser Frage unterstützenden Parteien FDP und AfD dem „NATO-2 %-BIP“-Ziel ein Stück nähergekommen. Die in der Zeit von Ende 2017 bis jetzt entwickelten Proteste gegen das Vorhaben konnten somit keinen ausreichenden Handlungsdruck erzeugen, um das Vorhaben zu verhindern.

Dennoch hat die Kampagne „abrüsten statt aufrüsten“ – gemessen am gegenwärtigen organisatorischen und politischen Zustand der Friedensbewegung und der Linken – mit bis heute über 120.000 gesammelten Unterschriften unter den Kampagnenaufzurufen einen sichtbaren Erfolg erringen können. Die DKP hat mit über 32.000 Unterschriften einen wesentlichen Beitrag geleistet. Diese öffentlich gemachte Ablehnung der NATO-Aufrüstung durch Teile der Bevölkerung ist ein politisches Pfund für die Friedensbewegung.

Allerdings gibt es Anzeichen, dass die Propagandaoffensive der Bundesregierung gegriffen hat. „In Deutschland sprechen sich, anders als noch im Vorjahr, mehr Menschen für höhere Verteidigungsausgaben aus als für die Beibehaltung des bisherigen Niveaus. Einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben stimmen heute 43 Prozent der Deutschen zu, das sind elf Prozentpunkte mehr als ein Jahr zuvor. Der Anteil derer, die für die Beibehaltung der bisherigen Rüstungsausgaben plädieren, ging in dem Zeitraum hingegen von 51 Prozent auf 40 Prozent zurück. Die Ausgaben senken wollen 14 Prozent, ein Prozentpunkt weniger als ein Jahr zuvor.“ (FAZ, 28.11.2018).

Allerdings: „Das bedeutet jedoch nicht, dass die Deutschen ihr Land stärker in internationalen Krisen engagiert sehen wollen. Leicht rückläufig ist daher die Zustimmung für solche Bekenntnisse, die deutsche Regierungen seit 2014 mantraartig wiederholen. 41 Prozent der Deutschen unterstützen dieses außenpolitische Ziel, das sind zwei Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Zugleich stieg der Anteil jener, die für Zurückhaltung plädieren, von 52 Prozent auf nun 55 Prozent.“ (ebenda).

2. Ziele des PV-Beschlusses

2.1. Stärkung der Kampagne durch Sammlung von 30.000 Unterschriften bis Anfang September

Die Erreichung des Unterschriftenziels ist ein großer politischer Erfolg für die Kampagne und für die DKP zugleich. In etlichen Grundeinheiten und einer Reihe von Bezirken wurde die Kampagne aufgegriffen und wird mit hohem Einsatz verfolgt. Oft waren es Einzelkämpfer, die für die oft beeindruckenden Zahlen an Unterschriften verantwortlich waren. Das Spektrum reichte vom Sammeln im persönlichen Umfeld bis hin zu detaillierter Aktionsplanung und -Durchführung.

War das „auf die Straße gehen“ eine echte Stärke der Partei in der Kampagne, fehlte es oft zugleich an organisiertem – vor allem kollektivem – Herangehen, insbesondere bei Planung und Auswertung. Vereinzelt gab es erfolgreiche gemeinsame Sammelaktionen mit Bündnispartnern vor Ort. Insgesamt kamen von uns aber noch zu wenig Impulse für gemeinsame örtliche Aktionen. Bemerkenswert sind die Erfolge, die im gewerkschaftlichen Spektrum erreicht wurden. Die Begleitung der Unterschriftensammlung mit Veranstaltungen war – von Highlights wie der auch bundesweit beachteten Friedensaktionskonferenz der DKP Potsdam abgesehen – kein Standard der Kreise und Gruppen.

Eine wichtige Erfahrung aus Veranstaltungen war, dass sich Bündnispartner aus verschiedenen Parteien/Organisationen rund um die Themen „Frieden mit Russland“, Atomwaffenabzug, Syrienkrieg und NATO-Aufrüstung mit uns zusammenschließen, auch wenn es intern keine einheitlichen Standpunkte oder sogar Kontroversen gibt (Beispiel Äquidistanz Russland-USA; Querfrontdebatte oder der Flügelkampf in der PdL). Eine theoretische Unterteilung in „bürgerliche“, „pazifistische“ oder „antimilitaristische Bündnispartner“ löst sich anhand konkreter Fragen praktisch auf. „Wie hältst Du es mit der Mobilmachung gegen Russland und China? Wie mit den US-Truppentransporten, den US-Atombomben und den US-Basen in der BRD? Wie mit den Kriegseinsätzen der Bundeswehr?“

Friedenspolitisch konsequentes Handeln heißt heute, dem Herunterspielen der Bedeutung des westlichen Militärbündnisses unter Führung des US-Imperialismus entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang ist es auch notwendig die Debatte über die Frage der Bewertung von NATO, EU, US-Imperialismus und deutscher Imperialismus und der von ihnen ausgehenden Kriegsgefahr weiterzuführen. Dabei weisen wir Spaltungsversuche der Herrschenden zurück, wenn diese versuchen mit dem Vorwurf von Antisemitismus, Antiamerikanismus oder Querfront von der Verantwortung der Bundesregierung, der Imperialisten für Krieg und Flucht (z.B. aus Syrien) abzulenken.

Die Leistungen der DKP wurden anfangs wenig beachtet, im Verlauf der Kampagne (vor allem nach Übergabe auf dem UZ-Pressefest) aber zunehmend auch öffentlich gewürdigt, nicht zuletzt von den Kampagneninitiatoren selbst.

2.2. Aufklärung über die Hintergründe der Aufrüstungs- und Kriegspläne von NATO, EU, BRD und Entwicklung einer Agitation und Propaganda

Als entscheidenden inhaltlichen Punkt, den wir mit und in der Kampagne stark machen wollten, waren unsere Forderungen nach Austritt Deutschlands aus der NATO und Frieden mit Russland. Beide finden sich erst in Ansätzen im Aufruf, sind aber im Zusammenhang mit dem Kampagnenziel bedeutsam: Frieden mit Russland, weil die NATO-Aufrüstung direkt dem Ziel der Aggression gegen Russland dient. Wir müssen argumentativ das Sicherheitsbedürfnis der Menschen aufgreifen und diesem die real von der NATO verursachte Unsicherheit (sprich Kriegsgefahr) gegenüberstellen. Ein NATO-Austritt ist die konsequente, weiter gedachte Perspektive, die an den außenpolitischen Grundfesten des deutschen Imperialismus ansetzt und die Frage nach der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt aufwirft.

Mit der Bildungszeitung „Kommunisten und der Kampf um Frieden“, die später in der UZ um einen Beitrag zur Rolle der DDR als Friedenstaat ergänzt wurde, ist die Arbeit der Grundorganisationen inhaltlich unterstützt worden. Mit dem Friedensinfo, den Plakaten, der Darstellung auf dem UZ-Pressefest, der (anfangs schleppend anlaufenden) UZ-Berichterstattung konnten wir unsere Inhalte verbreiten. Diese Argumente müssen wir künftig deutlich stärker in die Gespräche auf der Straße einbringen. Eine Unterteilung der Argumente gegen Aufrüstung in „große Politik, z.B. die Russlandfrage und angeblich leichter einsehbarer „persönlicher Betroffenheit durch Sozialabbau“ ist so im Bewusstsein großer Teile der Bevölkerung gar nicht vorhanden.

Die „qualitativen“ Aspekte der Kampagne, also die Schaffung von Klassenbewusstsein konzentrierten sich vor allem auf folgende Punkte: 1. Verbindung des Kampfes für Frieden mit dem Kampf um die eigenen sozialen Interessen. 2. Aufklärung über die Fakten der NATO-Aufrüstung. Diese sind in Teil-

len der Bevölkerung in dem enormen Ausmaß nicht bekannt. 3. Aufgreifen der Klasseninteressen der nichtmonopolistischen Bevölkerung nach Frieden und Sicherheit und Entlarvung der NATO-Politik als gegen ihre Interessen gerichtete Politik. Aufklärung über den Hintergrund dieser Politik, der Drang des imperialistischen Westens nach Erhaltung seiner hegemonialen Position in der Welt.

2.3. Aktivierung und Organisation von Mitkämpfern, die sich für die Kampagnenziele und unsere Forderungen engagieren wollen.

Während wir ansatzweise die ersten beiden Punkte angingen, gelang es kaum, die Kampagne im Sinne eines Schneeballsystems sprunghaft zu verstärken. Angesichts großen Zulaufs, den eine Bewegung wie „aufstehen“ mit einer ganz ähnlichen Schlagrichtung („Würde statt Waffen“) erreichen konnte, ist das kein befriedigendes Ergebnis.

3. Ausblick/Nächste Schritte

Die Kampagne wird nach jetzigem Diskussionsstand nicht mit dem Haushaltsbeschluss des Bundestages beendet, sondern fortgeführt. Selbstgestecktes Ziel der Kampagneninitiative ist eine Erweiterung und stärkere Aktivierung des Unterstützerkreises. Inhaltliche Herausforderung ist dabei, die NATO-Aufrüstung als den untrennbaren Zusammenhang zwischen Einzelforderungen und Einzelkampagnen (Ostermärsche, Kriegseinsätze der Bundeswehr, Atombomben in Büchel, Rüstungsexport/Rheinmetall, Tag der Bundeswehr, US-Basen und Kommandos, Bundeswehrstandorte wie Jagel, Übungsplätze usw.) herauszuarbeiten und für ein gemeinsames Handeln der Friedensbewegung mit „a.s.a.“ zu werben.

Nächster Schritt für die DKP ist dabei, sich von „fleißigen Unterschriftensammlern“ noch stärker hin zu Impulsgebern für örtliche Initiativen gegen Aufrüstung und für Frieden mit Russland zu entwickeln und somit eine Verbreiterung des Aktivs voranzutreiben.

Voraussetzung dafür ist die gründliche Auswertung in den Bezirken, Kreisen und Gruppen anhand folgender Fragen:

- Welche Aktionsideen wurden 2018 vor Ort entwickelt, umgesetzt und haben sich bewährt?
- Wurde ein Fahrplan für die AsA-Aktivitäten aufgestellt?
- Wie wurden die Hilfestellungen/Materialien vom PV genutzt (AsA-Rundbriefe, Friedensinfo, Plakate)?
- Wie wurde das Verhältnis Quantität (möglichst hohe Zahl an Unterschriften sammeln) und Qualität (Diskussionen über die NATO-Aufrüstung und ihre Hintergründe) diskutiert?
- Wie wurde es in einen Zusammenhang mit örtlichen Schwerpunkten und unterschiedlichen sozialen/Klassen-Milieus gesetzt?
- Mit welchen Bündnispartnern wurde zusammengearbeitet?
- Mit welchen soll künftig die Zusammenarbeit gesucht werden? Welche neuen Bündnispartner gibt es?
- Mit welchen Bündnispartnern sind nicht nur gemeinsames Unterschriftensammeln, sondern sind auch gemeinsame Aktionen/Veranstaltungen denkbar?
- Gibt es eine Beteiligung an der Ostermarschvorbereitung? Wie können die o.g. Standpunkte deutlich wahrnehmbar eingebracht werden?
- Wurde über eine Teilnahme an der DKP-Aktionspräsenz nach Büchel diskutiert? Wie kann dies für 2019 geschehen?

Im kommenden Jahr steht daher für den PV und die Friedenskommission im Vordergrund, Austausch und Anleitung über die örtliche Friedensbündnisarbeit zu organisieren.

Die Friedenskommission prüft darüber hinaus die Herausgabe eines Agitationsmaterials zum Thema „Deutschland raus aus der NATO“.

(einstimmig angenommen)

Zur Weiterentwicklung der Grundkurse „Einführung in den Marxismus“ und zum Aufbau eines Systems von weiteren Kaderqualifizierungskursen

a) Die PV–Tagung nimmt die Auswertung der im Jahre 2018 durchgeführten und neukonzipierten Grundkurse „Einführung in den Marxismus“ zustimmend zur Kenntnis. Er beschließt zunächst für 2019 deren Weiterführung und Weiterentwicklung. Die Leitung der Karl-Liebknecht-Schule wird beauftragt nach der Durchführung dem Parteivorstand eine Konzeption der Grundkurse zur Beschlussfassung vorzulegen.

b) Der PV beauftragt das Sekretariat und die Leitung der Karl-Liebknecht-Schule die Beschickung der Kurse durch die Bezirke, Kreise und Gruppen durch ein dazu abgestimmtes Informations- und Werbe-konzept zu unterstützen und dieses spätestens bis zur 7. PV-Tagung vorzulegen.

c) Die 5. PV-Tagung nimmt die Information zum geplanten und erläuterten System der Ausweitung des Systems der Kaderschulung zur Kenntnis. Die Leitung der Karl-Liebknecht-Schule wird beauftragt nach dessen erster Erprobung und Durchführung im Jahre 2019 dem Parteivorstand eine Auswertung mit weitergehenden konzeptionellen und organisatorischen Schlussfolgerungen vorzulegen.

(angenommen mit Mehrheit)

Unterstützung des Festivals der Jugend

1. Ausgangslage

Vom 07. bis zum 10. Juni 2019 wird die SDAJ ihr sechstes Festival der Jugend seit 1988 veranstalten. Wie in den Jahren davor wird es im Jugendpark am Rhein in Köln stattfinden. Was für uns als DKP das Pressefest ist, ist das Festival für die SDAJ. Ein Kraftakt der alle zwei Jahre viel Energie kostet, aber auch Höhepunkt dieser Zeit und eine Energietankstelle für Alle, um in Ihrer täglichen Arbeit mit erneuertem Elan weiter zu machen.

Auch dieses Mal diskutieren die SDAJ und ihre Gäste unter dem Motto „Zeit für Widerstand“. Mit dem inhaltlichen und kulturellen Programm unter diesem Motto sollen nicht nur „gefestigte“ Kapitalismus-Kritiker sondern auch SV- oder Gewerkschafts-Aktive angesprochen werden.

Ziel der SDAJ ist es, das in den letzten Jahren erreichte Niveau bei Besuchern (2016: 750 Dauergäste) und inhaltlichem und kulturellem Programm zu erhalten oder leicht zu steigern. Vor dem Hintergrund der kürzlichen Schwächung des Verbandes ist dies ein ambitioniertes Ziel, dass nur mit verstärkter Unterstützung der DKP und anderen erreicht werden kann. Klar muss auch sein, dass Unterstützung, Mobilisierung und auch Teilnahme nicht nur eine Aufgabe der umliegenden Bezirke sein kann, sondern Aufgabe der gesamten Partei ist.

Die DKP ist neben der Naturfreundejugend NRW Mitveranstalter des Festivals. Dazu kommen viele lokale und bundesweite Unterstützer aus dem Bereich Interessenvertretung, linken Medien und dem weiteren Umfeld.

2. Beiträge der DKP

Wie im beim letzten Mal werden wir keinen dedizierten Platz haben, sondern uns mit unseren Ständen in den Gesamtplatz einfügen. Das soll einer optischen Trennung in Alt und Jung vorbeugen und uns näher an die Jugend bringen. Als zentrale Angebote haben wir neben den inhaltlichen Runden das Café K und den UZ-Shop und Antiquariat.

Im Café K werden wir wie üblich Verpflegung über den Tag und den Abend anbieten. Tagsüber gibt es Kaffee und Kuchen und wir bieten ab mittags Gegrilltes in verschiedenen Formen an. Darüber hinaus soll das Café K natürlich auch ein Platz sein um Diskussionen zu führen und Jung und Alt zusammen

zu bringen. Im UZ-Shop und Antiquariat machen wir wie immer attraktive Angebote für geistige Nahrung.

2.1. Politisches Programm der DKP

Als DKP haben wir keine eigene Bühne oder ein eigenes Zelt welches wir durchgehend bespielen. Daher konzentrieren wir uns auf einzelne inhaltliche Runden, welche ins Programm der SDAJ in deren Großzelten eingebettet werden. In Absprache mit der SDAJ schlagen wir hier fünf Runden vor. Hier können wir als DKP sowohl einen inhaltlich wertvollen Beitrag zum Festival liefern als auch Werbung unter den Gästen für uns selbst machen.

Die SDAJ kategorisiert Ihre inhaltlichen Runden in drei Gruppen:

A: Niedrigschwellige Angebote

B: Für einen Großteil der BesucherInnen verständliche Angebote

C: Thematisch tiefergehende Angebote, die Vorwissen erfordern

Im Folgenden werden die Runden kurz angerissen. Eine Feinkonzeption erfolgt dann durch die genannten Verantwortlichen.

1. Krise

Verantwortung: Ideen (teilw. angefragt): Daniel Z. / Holger W. / Beate L.

Format: Kategorie C: Expertengespräch

Inhalt: Hier können wir unserer ökonomischen Expertise freien Lauf lassen und im Rückblick mit einer marxistischen Krisenanalyse das Programm der SDAJ sinnvoll ergänzen. Die Runde schlägt den Bogen von der grundsätzlichen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zu den konkreten Krisen und bietet einen kurzen Rückblick auf die letzten 10 Jahre seit Ausbruch der letzten. Was war ihr konkreter Auslöser? Was ihre Folgen? Jetzt brummt der Laden angeblich wieder, aber wie lange noch? Was kommt dann? Zum Abschluss kommen wir auf Handlungsorientierungen für uns: Kampf gegen Abwälzung der Krisenlasten auf uns.

2. Personalbemessung

Verantwortung: KV Essen

Format: Kategorie B: Interaktiver Bericht mit Workshop Charakter

Inhalt: Die Bedeutung der Kämpfe an den Kliniken in Essen und Düsseldorf haben wir hinreichend diskutiert. Diese Runde soll zwei Bestandteile haben: Zur Einführung ein kurzer Bericht über das Herangehen, den Verlauf und die Bedeutung des Kampfes um Personalbemessung sowie der konkreten Beteiligung der DKP in den Kämpfen. Auf Basis der beschriebenen Erfahrungen sollen dann Handlungsansätze in anderen Bereichen aufgezeigt und diskutiert werden: Wie gehe ich an betriebliche Kämpfe heran? Von innen, von außen?

3. Friedensfrage

Verantwortung: Friedenskommission / Björn S.

Format: Kategorie B: Vortrag

Inhalt: Die Erfahrungen die die DKP im Friedenskampf gemacht hat dürfen in der heutigen Zeit auf einem Festival der Jugend nicht fehlen. Die Runde zieht eine Linie von vergangenen Kampagnen zur Abrüsten statt Aufrüsten Kampagne. (Bogen: DDR/SU als Garant für Frieden; Anzahl Kriege seit 89/90; Risiken der aktuellen Lage etc.) Sie zeigt die Bedeutung des Friedenskampfs in der aktuellen Weltlage auf. Darüber hinaus nutzen wir die Runde für die Mobilisierung nach Büchel, was voraussichtlich 2 Wochen danach stattfindet.

4. DKP stellt sich vor

Verantwortung: Patrik K

Format: Kategorie A:

Inhalt: Ist es für KommunistInnen im 21. Jahrhundert noch zeitgemäß sich in einer Partei zu organisieren? Wer ist und was will die DKP? Wie sieht ihre politische Praxis aus und wieso redet die DKP ständig von dieser Arbeiterklasse? Lockere Diskussion zu Theorie und Praxis der Partei.

5. Rheinland-Runde

Verantwortung: Bezirk Rheinland

Format: noch nicht festgelegt

Inhalt: Das Rheinland als „gastgebender“ Bezirk greift ein regionales Thema auf und bringt es in das Festival mit ein.

Weitere inhaltliche Beiträge

Neben den eigenständigen Runden werden DKPlerInnen an verschiedenen an SDAJ-Runden teilnehmen. Bisher bekannt ist:

Europapodium: Explizit angefragt sind wir noch für die Teilnahme am „Europapodium“. Eine internationale Runde in der ein SDAJler, ein DKPler und Mitglieder zweier europäischer Schwesterorganisationen über die aktuellen Entwicklungen in Europa unter den Vorzeichen der EU-Wahl diskutieren. „Ziel ist es, zu vermitteln, dass die andere Seite des offene-Grenzen-und-Interrail-Europa Unterdrückung ist.“

Camptreffen: Auf dem Camptreffen, der zentralen Veranstaltung des Festivals, werden wir ein Grußwort halten.

2.2. Organisatorische Unterstützung

Im organisatorischen Bereich werden wir als DKP die SDAJ teilweise durch Einzelpersonen aber auch durch Übernahme ganzer Bereiche und Verantwortungen entlasten. Hier soll nur auf das wichtigste eingegangen werden.

Wie üblich werden wir die SDAJ bei Auf- und Abbau und in der Tontechnik mit technischem Fachpersonal unterstützen. Auch große Teile der Versorgung übernehmen wir, um organisatorischen Aufwand bei den SDAJ GenossInnen zu reduzieren und ihre Kraft für die inhaltliche Arbeit freizusetzen.

Wir nutzen das Festival auch, um SDAJlerInnen weiter in den technischen Bereichen anzulernen, (Fach-)Helfer für das Festival zu gewinnen und auch uns auf ein Pressefest 2020 vorzubereiten.

Die Bereiche Musik und Kinderbetreuung werden durch DKP Genossen abgedeckt. Die Erstellung einer geplanten Campzeitung wird durch UZ-Redakteure unterstützt.

Wir unterstützen den Aufbau der Sanitärer-Strukturen der SDAJ und nutzen die Erfahrungen und gewonnene Kontakte auch für DKP-Veranstaltungen.

Die Verantwortung für den organisatorischen Bereich hat Anne R.

3. Finanzen

Die DKP unterstützt die SDAJ finanziell mit 3.600 Euro sowie dem Ertrag aus dem Essensverkauf der Abendessensstände. Wir prüfen die Finanzierung von ein oder zwei Künstlern, die auf der Kleinkunsthöhne auftreten und dem Geschmack unseres DKP-Publikums entsprechend, um das Angebot etwas zu erweitern.

4. Teilnahme & Mobilisierung

Alle DKP Gruppen beteiligen sich an der Mobilisierung zum Festival!
Das bedeutet:

- Einladen der örtlichen SDAJ zur Vorstellung des Festivals auf Mitgliederversammlungen oder Vorstandssitzungen
- Werben in unserem Umfeld und in unseren Medien, UZ, DKP.de, Kleinzeitungen und lokalen Webseiten für das Festival selbst aber auch die Crowdfunding Aktion für bessere Musik auf dem Festival
- gezielte Ansprache von jüngeren Parteimitgliedern; Sympathisanten und Genossenkindern
- Absprachen mit der SDAJ zur gemeinsamen Anreise

Zur Mobilisierung wird es ein Festival-Info-Paket mit Flyern, Plakaten etc. geben, welches den Gruppen zur Verfügung gestellt wird.

Ziel ist es wieder 100 Genossinnen und Genossen aus DKP und Umfeld zum Festival zu mobilisieren und alle Bezirke auf dem Festival vertreten zu haben.

5. Zeitplan

12/18: Beschluss der Konzeption

12/18: Verantwortlichkeiten für Runden stehen fest

01/19: Werbeblock für das Festival auf LLL Partei-Veranstaltung

01/19: Treffen der Jugendkommission zur Neuformierung und Festival-Planung

02/19: Platzbegehung

03/19: Rundenkonzepte erstellt; Referenten klar

03/19: Programm wird veröffentlicht

03/19: Festival Programm wird auf 7. PV-Tagung vorgestellt

05/19: 8. PV-Tagung: Check durch die Bezirke zur Teilnahme und Mobilisierung

06/19: Festival

6. Verantwortlichkeiten

Gesamt: Jan S.

Org: Anne R.

Koordinierung der Mobilisierung vor Ort: Ansatz der JuKo; Bezirke

Einzelne Verantwortlichkeiten im Org-Bereich werden außerhalb der Vorlage geklärt.

(einstimmig angenommen)

Proteste gegen die Münchener Sicherheitskonferenz am 16. Februar

Der Parteivorstand unterstützt den Aufruf zu den Protesten gegen die Münchener Sicherheitskonferenz „Frieden statt Aufrüstung! Nein zum Krieg!“

(einstimmig angenommen)

Solidarität mit den Gelbwesten

In Solidarität mit den Forderungen der Gelbwesten in Frankreich beteiligt sich die DKP mit gelben Westen – bedruckt mit Hammer und Sichel - an der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 13. Januar in Berlin.

(angenommen bei 1 Gegenstimme)

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

8./9. Dezember 2018, Essen

Abgelehnte Anträge

Kandidatur zu den Europawahlen

Antragsteller: Wohngebietsgruppe Frankfurt-Nordweststadt/Eschersheim
übernommen von Axel Koppey

Aufgrund der national und international wachsenden Rechtsentwicklung sehen wir uns in der Verantwortung mit dazu beizutragen, dass die Fraktion „Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke“ (GUE-NGL) im EU-Parlament mehr Gewicht gewinnt. Deshalb fordern wir den PV auf, von einer Kandidatur der DKP zur Europawahl abzusehen und stattdessen aufzurufen, die Partei Die Linke zu wählen.

Außerdem fordern wir den Parteivorstand auf, die Wiederaufnahme als Beobachter zur Europäischen Linken aufzunehmen.

Begründung:

Nur wenn wir auf der Grundlage unseres Programms von 2006 und der folgenden Beschlüsse zur Umsetzung des Programms die Zusammenarbeit mit allen linken Kräften umsetzen, kann es gelingen der sehr gefährlichen Rechtsentwicklung weltweit entgegen zu treten. Die derzeitigen Aktivitäten zeigen, dass immer mehr Menschen bereit sind den nationalen und internationalen Kriegstreibern konkret zu sagen: Nicht mehr mit uns. Hier ist die DKP gefordert, mit ihren Aussagen und ihren Forderungen klar Position zu beziehen und in der Bündnisarbeit einen festen und vertrauensvollen Platz einzunehmen.

(einstimmig abgelehnt)

Zum Unvereinbareitsbeschluss

Antragsteller: Wohngebietsgruppe Frankfurt-Nordweststadt/Eschersheim
übernommen von Axel Koppey

Wir fordern vom Parteivorstand den auf dem 22. Parteitag beschlossenen „Unvereinbarkeitsbeschluss“ außer Kraft zu setzen und einen Antrag zur Aufhebung dieses Beschlusses an den 23. Parteitag vorzubereiten.

Begründung:

Die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, dass die Mitglieder der DKP in verschiedenen Bereichen eine gute und vertrauensvolle Arbeit geleistet haben und dabei auch Vertrauen für die Partei gewinnen konnten. Diese Aktivitäten wurden und werden auch von den Genossinnen und Genossen mitgetragen, die nach Ansicht der Befürworter des o. g. Beschlusses nicht mehr zur Partei gehören sollen. Wenn das Vertrauen in und zur Partei wieder hergestellt werden soll, muss der o. g. Beschluss revidiert werden.

(einstimmig abgelehnt)

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

8./9. Dezember 2018, Essen

Weitere Materialien

Konzept des Grundkurses „Einführung in den Marxismus-Leninismus“

Grundsätzliches

Der Grundkurs „Einführung in den Marxismus-Leninismus“ ist Teil der Kadenschulung an der Karl-Liebknecht-Schule der DKP und bildet dort die Lehreinheit für die erste Stufe des dreistufigen Bildungskonzeptes aus: Grundstufe, Aufbaustufe und Vertiefungsstufe. Er ist aktuell als 4-tägiges Seminar konzipiert.

Ziele des Grundkurses

Inhaltliches Ziel des Grundkurses ist es, eine „Einführung in den Marxismus-Leninismus“ zu bieten. Es geht darum eine Übersicht zu bieten über die drei Bestandteile des Marxismus-Leninismus (Marxistische Philosophie, Politische Ökonomie, Wissenschaftlicher Sozialismus) und wie diese im Marxismus-Leninismus zusammenhängen.

Der Grundkurs soll und kann keine allumfassende und abschließende Darstellung der einzelnen Bereiche des Marxismus-Leninismus sein, sondern stellt einen (Wieder-)Einstieg in die Beschäftigung mit dem Marxismus-Leninismus dar.

Es geht darüber hinaus darum Hemmschwellen zur eigenständigen Lektüre von Klassikertexten abzubauen, ihre Aktualität für gegenwärtige Fragestellungen und Probleme herauszuarbeiten und die Notwendigkeit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung für die politische Arbeit von KommunistInnen darzulegen.

Als Grundkurs der Kadenschulung werden weitere Ziele verfolgt:

- die Lesefertigkeiten entwickeln und auszubauen
- das Sprechen über theoretische Inhalte trainieren
- Kernaussagen von Texten herausfiltern und wiedergeben
- den solidarischen Austausch und Diskussion in Kleingruppen zu üben
- das Sprechen in und vor Gruppen zu üben

Zielgruppe

Grundsätzlich sollte die Partei darauf orientieren, dass sich ein einheitliches Niveau über die Grundlagen des Marxismus-Leninismus in der gesamten Partei verbreitet. Zielgruppe sind vor allem GenossInnen – sowohl solche, die relativ neu in der Partei sind und NICHT den Weg über die SDAJ gegangen sind (GenossInnen aus der SDAJ sind in der Regel überdurchschnittlich gut geschult), aber auch alle anderen deren Beschäftigung mit dem Marxismus-Leninismus möglicherweise schon viele Jahre zurückliegt.

Von seiner Konzeption spricht der Grundkurs sowohl GenossInnen an, die sich noch nie mit der marxistischen Theorie auseinander gesetzt haben, als auch erfahrene Genoss*innen. In der Praxis der Kleingruppenarbeit hat sich gezeigt, dass auch ein gewisses Gefälle im Vorwissenstand Vorteile mit sich bringen kann.

Methodik

Das methodische Konzept des Grundkurses beinhaltet drei Hauptelemente

- eigenständige Lektüre von Klassikertexten
- Arbeit und Diskussion in Kleingruppen
- Zusammentragen der Ergebnisse und Diskussion im Plenum

Da es in der pädagogischen Forschung nachgewiesen ist, dass die Erkenntnisgewinne bei Frontalunterricht minimal sind, setzt der Grundkurs primär auf eigenständige Lektüre und Diskussion in Klein-

gruppen bzw. im Plenum. Referate werden nur punktuell zu bestimmten Themen eingesetzt (z.B. als Zusammenfassung des Themas oder als Wiederholung des Themas des Vortages). Sie werden auf maximal 15 Minuten begrenzt.

Die eigenständige Lesekompetenz zu schulen, ist unerlässlich, da es vor Ort in der Regel für die GenossInnen keine Bildungsstrukturen mehr gibt, so dass die TeilnehmerInnen in ihrer marxistisch-leninistischen Weiterbildung auf sich allein gestellt sind und lernen müssen, sich selbstständig Texte zu erschließen.

Die eingesetzten Klassikertexte im Grundkurs sind bewusst auf kurze Passagen gekürzt (max. 5 Seiten) und mit Arbeitsfragen zum besseren Verständnis versehen. Für SchnellleserInnen gibt es bei jedem Thema Erweiterungstexte (weitere Klassikertexte oder Sekundärliteratur). Zu jedem Thema gibt es Diskussionsfragen und ein Glossar der wichtigsten Fachbegriffe. Das erleichtert das Lesen und den Einstieg in die Kleingruppenarbeit. In der Kleingruppenarbeit werden die Texte von den Teilnehmer*innen diskutiert und anhand der Arbeitsfragen rekapituliert.

Die ReferentInnen betreuen die Kleingruppen und stehen bei Rückfragen zur Verfügung. Nach der Kleingruppenarbeit werden die Ergebnisse im Plenum gesammelt und das jeweilige Thema diskutiert. Aufgabe des/der Referenten/Referentin ist es die Kernaussagen der jeweiligen Themen am Ende festzuhalten und die Brücke zum nächsten Thema zu schlagen.

Inhalte

Der Grundkurs soll eine „Einführung in den Marxismus-Leninismus“ geben. Er startet also mit einer Übersicht der drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus (Lenin) und beschäftigt sich dann nacheinander mit den drei Bestandteilen – Marxistische Philosophie, Politische Ökonomie, Wissenschaftlicher Sozialismus – und liefert dort einen Einstieg in das jeweilige Themengebiet.

In der Marxistischen Philosophie werden behandelt: Dialektischer Materialismus und Historischer Materialismus; in der Politischen Ökonomie wird ein Einstieg in die Ökonomie des Kapitalismus gegeben und die Themen Krisen und Imperialismus behandelt; im Wissenschaftlichen Sozialismus werden Fragen des Sozialismus, der sozialistischen Revolution, des Klassenkampfes der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der kommunistischen Partei behandelt.

Schwerpunkt der inhaltlichen Beschäftigung sind Texte von Marx, Engels und Lenin.

Aufschlüsselung der Inhalte im Reader

Marxistische Philosophie Teil 1 (Dialektischer Materialismus)

Thema 1: Grundfrage der Philosophie (Materialismus)

Thema 2: Dialektik

Marxistische Philosophie Teil 2 (Historischer Materialismus)

Thema 1: Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse und gesellschaftlicher Überbau

Thema 2: Klassen und Klassenkampf

Politische Ökonomie Teil 1 (Grundlagen der kapitalistische Produktionsweise)

Thema 1: Ware – Wert – Geld

Thema 2: Mehrwert – Lohnarbeit – Kapital

Thema 3: Reproduktion – Akkumulation – Zentralisation

Politische Ökonomie Teil 2 (Krisen und Imperialismus)

Thema 1: Krisen + Grundwiderspruch des Kapitalismus

Thema 2: Imperialismus

Wissenschaftlicher Sozialismus Teil 1 (Sozialismus und sozialistische Revolution)

Thema 1: Der Staat – Diktatur der herrschenden Klasse

Thema 2: Der Sozialismus – Vergesellschaftung der Produktionsmittel

Thema 3: Die sozialistische Revolution

Wissenschaftlicher Sozialismus Teil 2 (Kommunistische Partei)

Thema 1: Die kommunistische Partei

Thema 2: Die DKP

Konzept der Kaderschulung an der Karl-Liebknecht-Schule

Voraussetzungen

- „Die DKP ist eine marxistisch-leninistische Partei“. (Leitantrag 22. Parteitag).
- „Unsere Mitglieder brauchen ideologisches Rüstzeug, um die gesellschaftlichen Entwicklungen einzuordnen und zu verstehen, unsere Analysen und Erkenntnisse weiter zu vermitteln, Politik und Praxis zu entwickeln und auch an der Entwicklung der Gesamtpartei mitzuwirken.“ (Beschluss des 22. Parteitags „Für Frieden Arbeit Solidarität – Die DKP stärken“)
- „Zur Schulung unserer Leitungsmitglieder auf allen Ebenen werden an der Karl-Liebknecht-Schule im Jahr zwei viertägige Seminare zu den Grundlagen kommunistischer Politik durchgeführt. Die Anmeldungen zu den Schulungen laufen in der Regel über die Bezirks- und Landesvorstände, die eine Planung erstellen, die die Gewinnung von Teilnehmern vorsieht.“ (Beschluss des 22. Parteitags)
- „Die bewusster angestrebte Kaderschulung umfasst die Vermittlung eines soliden ‚Grundwissen Marxismus‘ sowie die Befähigung zur Leitungsarbeit, d.h. die Qualifizierung im Einzelressort sowie die allg. Qualifizierung – von PC Kenntnissen bis hin zu Rhetorik, Moderation etc. Die Zielgruppe sind zukünftige Kader, Kader mit Qualifizierungsbedarf, KandidatInnen zu Wahlen, GenossInnen in Bündnissen, etc. – vor allem aus unserer Hauptzielgruppe, der Arbeiterklasse.“ (3. PV-Tagung)

Auf der 3. PV-Tagung wurde beschlossen:

* „Weiterarbeit an der inhaltlichen Qualifizierung des neugestalteten Kurses „Grundwissen Marxismus-Leninismus“ der KLS und langfristige Absicherung der 2 Kurse pro Jahr.“

* „Für Absolventen der Grundkurse werden in der KLS Aufbau Seminare angeboten“

Daraus formulierte Hauptziele:

- Aufbau einer Kaderschulung an der Karl-Liebknecht-Schule
- Vermittlung von Grundlagen des Marxismus-Leninismus (Grundkurse)
- Erweiterung dieser Grundlagen in Aufbaukursen
- Durchführung von Kursen zur Qualifizierung und Befähigung zur Leitungsarbeit

Grundgerüst der Kaderschulung an der KLS

Bildungslehrplan in drei Stufen: 1) Grundstufe; 2) Aufbaustufe; 3) Vertiefungsstufe; plus zusätzlicher Kurse zur Leitungsqualifizierung

Damit korrespondieren die angebotenen Kurse:

- 1) Grundkurs: „Einführung in den Marxismus-Leninismus“
- 2) Aufbaukurse zu verschiedenen Bestandteilen des Marxismus-Leninismus (Philosophie, Politische Ökonomie Wissenschaftlicher Sozialismus)
- 3) spezifische Vertiefungskurse zu einzelnen Themen oder Texten rund um den Marxismus-Leninismus
- 4) spezifische Kurse zur Leitungsqualifizierung (z.B. in Org-Politik oder Rhetorik usw.)

Dieses Jahr (2018) haben wir angefangen mit den Grundkursen. Nächstes Jahr kommen einige Aufbaukurse dazu, Grundkurse laufen weiterhin. Ab 2020 sollen dann auch Vertiefungskurse stattfinden, zusätzlich zu den Aufbaukursen und den Grundkursen.

Ziel

- 4-tägige Grundkurse plus Lesekurse (Wochenenden)
- 7-Tages Aufbaukurse in den drei Bestandteilen des Marxismus (MarxPhil, PolÖk, WisSoz)
- Fortgeschrittenenkurse auf Niveau der ehemaligen Jahresschulen

Damit soll sukzessive das Niveau der teilnehmenden GenossInnen gesteigert werden und eine fortlaufende Kaderschulung ermöglicht werden.

Angebotene Kurse zur Kaderschulung an der KLS 2018/2019

2018

Grundstufe

4-tägiger Grundkurs „Einführung in den Marxismus-Leninismus“ (10.-13.05.2018 und 01.-04.11.2018)

2019

Grundstufe

4-tägiger Grundkurs „Einführung in den Marxismus-Leninismus“ (30.05.-2.06.2019 und 3.-6.10.2019)

Aufbaustufe

Aufbaukurs Marxistische Philosophie I: Historischer Materialismus (23./24.11.2019)

Aufbaukurs Politische Ökonomie (7-Tage) (13. - 20.07.2019)

Lesekurs „Manifest der Kommunistischen Partei“ (09./10.03.2019)

Lesekurs „Lohnarbeit und Kapital“ (26./27.10. bzw. 09./10.11.2019)

Leitungsqualifizierung

Organisationspolitik: EU-Wahlen (02./03.02.2019)

Organisationspolitik: Theoretische Grundlagen (22./23.06.)

In politischen Aktionen selbstsicherer auftreten können (19./20.01.2019)

Zielführende Kommunikation und Mediation (02./03.03.2019)

Noch zu terminierende Kurse zur Betriebsarbeit
